

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ FRAKTIONSSTREIT ZWISCHEN DEN UNIONSPARTEIEN UND ABGEWENDETE REGIERUNGSKRISE:

CSU-Führungstrio übernimmt Rhetorik und Forderungen der AfD

Inzwischen ist der offene Machtkampf zwischen den Unionsparteien vorübergehend eingestellt. Die CSU-Führungstrio (Söder, Dobrindt, Seehofer) konnte mit der Drohung, Innenminister Seehofer werde auch gegen die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin die angekündigten Grenzkontrollen ab Juli in Kraft setzen, zahlreiche ihrer Forderungen durchboxen. Nur in einem entscheidenden Punkt nicht: Merkel verhinderte mit ihrer Richtlinienkompetenz zunächst einen nationalen Alleingang. Sie hat Seehofer den schwarzen Peter zugeschoben. Er muss bilaterale Abkommen aushandeln, bevor Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden dürfen. Aber in den übrigen strittigen Fragen hat sich Merkel viele Forderungen der CSU zu eigen gemacht. Das zeigte sich während des EU-Gipfels, auf dem sie mit zahlreichen Vorstellungen ihrer innerparteilichen Kritiker zur Migrationspolitik auftrat. »Nicht Merkel

mit einer inzwischen auch abgespeckten Version einer humanen Flüchtlingspolitik gibt die Richtung vor, sondern die Scharfmacher gegen Migranten, die Orbans und die Salvini. [...] Und irgendwo zwischen Humanität und Abschreckung taumelt die von der CSU getriebene Kanzlerin. Die reaktionär-nationalistischen Kräfte, die von der CSU repräsentiert werden, befinden sich in der Offensive.« (Kommentar von Pascal Lechler, ARD-Studio Brüssel, vom 29.06.2018)

So billigte die CDU-Führung den Masterplan des Innen- und Heimatministers – übrigens noch bevor ihr sein konkreter Inhalt bekannt war. Die einzige, noch strittige Frage konnte in letzter Minute entschärft werden. Die CSU bekam ihre Grenzkontrollen zum Aufgreifen illegal eingereister Migranten mit der nun erneut geschaffenen bayerischen Grenzpolizei. Abweisungen und Rückführungen soll es aber vorerst nach bilateralen Absprachen mit

Demonstration am 25. Juni vor der bayerischen Landesvertretung, Motto: »Heimat-Horst muss weg«

Foto: Oliver Feldhaus/Umbruch Bildarchiv



Österreich und Italien geben. Auch wenn es sich hierbei zunächst um reine Symbolpolitik im Rahmen des bayerischen Wahlkampfes handelt, die Notwendigkeit bilateralen Absprachen zeigt wie stark die nationalen Eigeninteressen sind, die zunehmend von den Rechtspopulisten definiert werden. Die EU entfernt sich immer weiter von gemeinsamen Lösungen. Merkel musste ja schon nach dem Gipfeltreffen eine Reihe von tatsächlich oder vermeintlich vereinbarten zwischenstaatlichen Lösungen präsentieren, um den unionsinternen Streit zu entschärfen.

Dass der Konflikt zunächst durch einen rasch zusammengezwimmten Kompromiss beigelegt wurde, ist der Angst aller Beteiligten vor den unkalkulierbaren Folgen eines Auseinanderbrechens der gemeinsamen Unionsfraktion geschuldet und von der Intervention der Unternehmerverbände. Die Vertreter der Wirtschaft haben nachdrücklich vor den Risiken einer Regierungskrise gewarnt und zur Unterstützung der Bundeskanzlerin aufgefordert. In der FAZ, die sich als Sprachrohr des bürgerlichen Lagers sieht, brachte Mitherausgeber Berthold Kohler am 24. Juni seine Sympathie für die Kritiker von Merkel zum Ausdruck: »Die CSU, die als bayerische Regierungspartei deutlich näher an der Wirklichkeit der Flüchtlingskrise war als viele Träumer und Schönredner in Berlin-Mitte, hat immer noch ein besseres Sensorium für die Unzufriedenheit mit und das Aufbegehren gegen die Flüchtlingspolitik der großen Koalition als CDU und SPD zusammen. [...] Merkel beging schon zu Beginn der Flüchtlingskrise schwere und folgenreiche Fehler, im Handeln wie in der Kommunikation. Geradezu verheerende Wirkung im bürgerlichen Lager, aber auch bei den europäischen Nachbarn, hatte der von Merkel vermittelte Eindruck, Staatsgrenzen seien letztlich nur noch eine Illusion.« Zugleich warnte er vor der möglichen Zuspitzung des Machtkampfes zwischen den Unionsparteien: »Ein offener Bruch zwischen CDU und CSU käme einem Erdbeben gleich, dessen Folgen für die politische Landschaft und die Regierbarkeit des Landes man sich nicht ausmalen mag. Wie Berlin unter den dann zu erwartenden Verhältnissen besser als bisher dafür sorgen soll, dass die EU am deutschen Wesen (also den einzig richtigen ordnungspolitischen Vorstellungen) genesen kann, bleibt das Geheimnis jener, die schon immer wussten, wie man es besser macht in der Politik – solange sie es nicht beweisen müssen.«

Gegenwind für die CSU-Führung

Nachdem sich die aufgeregte Debatte über die von der CSU-Führung verursachte Regierungskrise gelegt hatte, kam Gegenwind auf. In Meinungsumfragen zur Landtagswahl rutschte die CSU weiter ab; sie konnte die zur AfD abgewanderten Wähler*innen nicht zurückgewinnen. Es mehrten sich Stimmen auch innerhalb der Partei, die zur Mäßigung aufriefen und den gefährlichen Konfrontationskurs nicht mitmachen wollten. Vor allem die menschenverachtende Rhetorik stieß auf Ablehnung bis hinein in konservative Kreise.

So folgten am 22. Juni 2018 mehrere zehntausend Menschen dem Aufruf zur Demonstration »ausgehetzt«; die Polizei sprach von 25.000, die Veranstalter von 50.000 Teilnehmern. »Es sind längst nicht mehr nur linksradikale Studenten, die sich gegen die Flüchtlingspolitik der CSU stemmen, sondern auch Nonnen und ältere Menschen in Tracht – also auch traditionelle CSU-Wähler.« (fOCUS-online, 23.07.2018) Und die »Süddeutsche Zeitung« schrieb am 22. Juni: »Es war wohl das erste Mal in ihrer Parteigeschichte, dass die CSU eine in München angekündigte Demonstration so ernst nahm, dass sie am Samstag warnende Zeitungsanzeigen dagegen veröffentlichte. [...] Offenbar steckt der CSU der Schock vom 10. Mai noch sehr in den

Knochen: Da wurde aus einer Münchner Kundgebung gegen die Verschärfung des Polizeirechts, die von der CSU in brachialer Manier durchgezogen worden war, die größte bayerische Demonstration der vergangenen Jahrzehnte; das neue Polizeirecht wirkte da offenbar wie der Tropfen, der ein Fass zum Überlaufen brachte.«

Die CSU-Führungsriege rüstete verbal ab und beendete den Konfrontationskurs innerhalb der Regierungskoalition. Sie konzentriert sich nun auf den Wahlkampf in Bayern. Der Wiederaufbau einer bayerischen Grenzpolizei und des neuen Landesamtes für Asyl und Rückführungen wurde von Ministerpräsidenten Söder medial in Szene gesetzt.

Der Machtkampf in den Unionsparteien ist Ausdruck für die Verschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge

Getrieben wurde und wird die CSU von der panischen Angst vor dem Verlust der absoluten Regierungsmehrheit im Land als auch in zahlreichen bayrischen Kommunen. Damit verbunden wäre eine erhebliche Schwächung ihrer bundespolitischen Bedeutung. Dies erklärt auch die Schärfe des Machtkampfes, der zuvor zwischen Seehofer und Söder ausgetragen wurde. Nach der Maxime von Franz Josef Strauß »Es darf sich keine Kraft rechts von der CSU dauerhaft etablieren« versucht die CSU der AfD den Wind aus den Segeln zu nehmen: durch die Übernahme von deren nationalistischer Rhetorik und von zahlreichen ihrer Forderungen. Die CSU wird damit die von der Regierungspolitik enttäuschten Wähler*innen wohl kaum zurückgewinnen können, sondern stärkt eher das Gefühl, mit der Stimmabgabe für die AfD »es denen da oben mal gezeigt zu haben«.

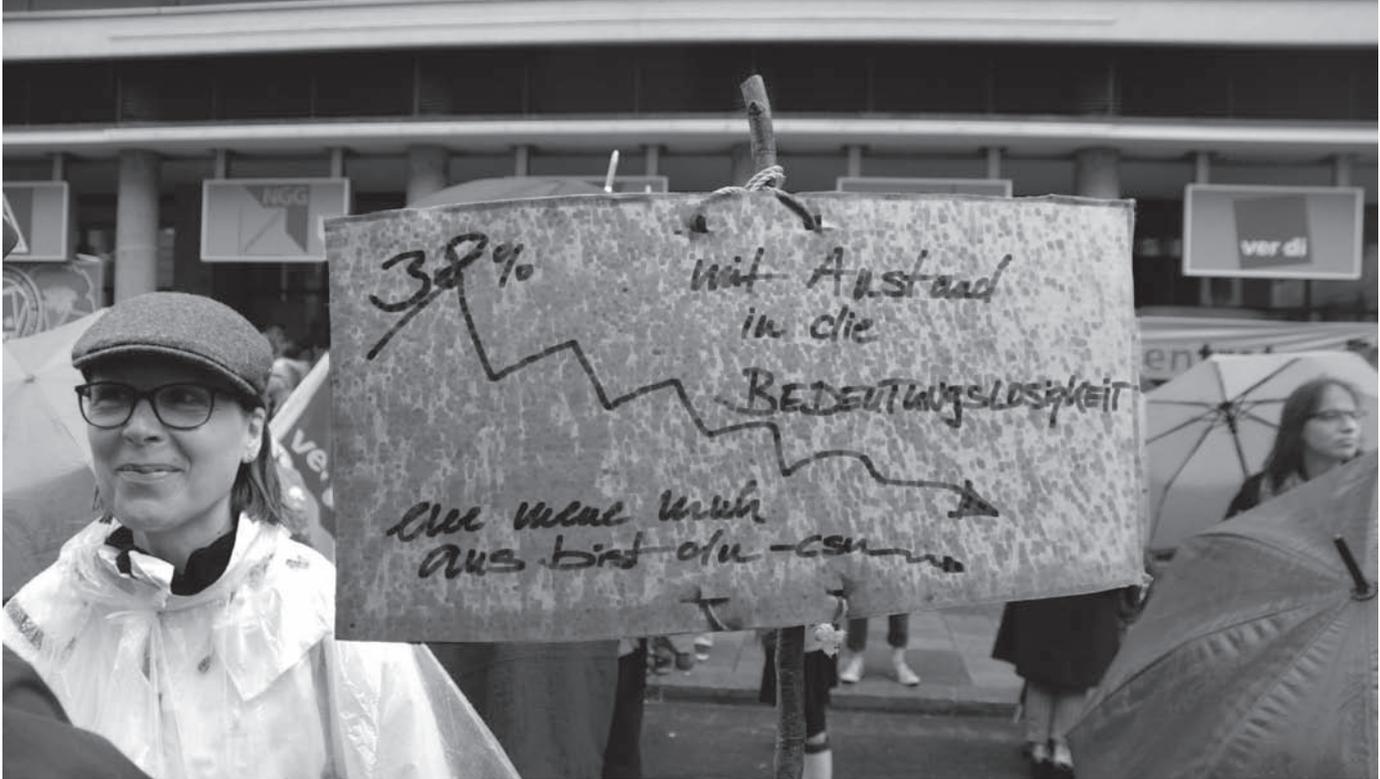
Die Krise des traditionellen parlamentarischen Parteigefüges, von der bisher die Sozialdemokratie besonders getroffen wurde, hat nun auch die Unionsparteien, die konservative Kraft des deutschen Bürgertums, erfasst. Der

INHALT · Heft Nr. 4 · AUGUST 2018 · Jg. 59

Die gesellschaftliche Funktion des rechtsnationalen Populismus	5
»Flüchtlingskrise« und Merkels Kampf für die Geschlossenheit der EU	7
Verbale Beschimpfungen seitens der AfD schlugen in offene Gewalt um: Angriffe gegen Gewerkschafter in Hanau	10
100 Jahre Novemberrevolution Aktivitäten zum Jubiläum in Berlin	14
Dokumentiert: 9. November 2018 100 Jahre unvollendete Revolution	15
Frankreich: Die Cheminots zwischen Resignation und Standhaftigkeit	18

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
 Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



Mehrere zehntausend Menschen demonstrierten am 22. Juli in München unter dem Motto »ausgehetzt«. Die CSU versinkt in die Bedeutungslosigkeit, unten heißt es: ene, mene, muh, aus bist du – CSU

Foto: GEW München

rechtskonservative Flügel der Union, der in der Vergangenheit – mit zeitlich vorübergehenden Ausnahmen – auch die völkisch-nationalistischen Kreise binden und integrieren konnte, ist schon lange mit dem Regierungskurs von Merkel nicht einverstanden. Er macht sie für die Verluste von 8,6 Prozent bei der Bundestagswahl verantwortlich. Die CSU hatte versucht, sich zum Sprachrohr dieses Flügels zu machen. »Seehofer verglich die bevorstehende Auseinandersetzung mit einem 'Werkstück in der Schraubzwinge', das nun bearbeitet und poliert werden müsse.« (faz, 14.06.2018) Inhaltlich wird die Kritik der CSU in größer werdenden Teilen der CDU geteilt, nur deren Vorgehensweise stieß auf Ablehnung, weil sie die Einheit der Union und damit ihre Regierungsfähigkeit gefährdet hatte.

Risse innerhalb der CDU

Auch nach der vorübergehenden Beilegung des Machtkampfes, die Diskussionen und Richtungskämpfe innerhalb der Union werden weitergehen – und damit auch die Fragen nach dem Verhältnis zur AfD. Der rechte Flügel, der schon lange seine erkonservativen Werte durch den Kurs von Merkel verraten sieht, hat sich nochmals hinter die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende gestellt. Solange er über keine personelle, d.h. für die Wähler*innen attraktive Alternative verfügt, kann er den offenen Machtkampf, wie er von der CSU vorangetrieben wurde, nicht aufnehmen. Allerdings verstärken die Erfolge der AfD, vor allem in den neuen Ländern, den Druck innerhalb der CDU. Schon werden dort vereinzelt Stimmen laut, die sich für einen anderen Umgang mit der AfD bis hin zu möglichen Koalitionen mit ihr aussprechen.

Unzufrieden mit dem Kurs von Merkel, wenn auch aus anderen, ganz materiellen Gründen, zeigt sich auch der Wirtschaftsflügel, die Vereinigung des Mittelstandes in der Union. Ihnen gehen die sozialpolitischen Zugeständnisse an die SPD in den Koalitionsvereinbarungen zu weit. Erinnern wir uns, schon in der letzten Legislaturperiode hatten sie Vorhaben, wie z.B. das vereinbarte Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit erfolgreich torpedieren können.

Staatstragende Stillhalten der SPD

Die SPD enthielt sich zunächst jeglicher inhaltlicher Stellungnahmen zum unionsinternen Streit und beschränkte sich darauf, die »Verantwortungslosigkeit« der CSU zu brandmarken. Die Furcht vor Neuwahlen hat sie in die GroKo getrieben und kettet sie weiter an die Regierungskoalition, die sie nicht in Frage stellen oder verlassen darf, ohne selbst Schaden zu nehmen. So blieb den sozialdemokratischen Politikern in der Regierung als auch im Parlament nichts weiter übrig, als dem unionsinternen Machtkampf zuzuschauen und seine Resultate zu akzeptieren. Die im Koalitionsausschuss beschlossene Sprachregelung – Transitverfahren statt Transitzentren – kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die CSU in vielen Fragen der Asyl- und Migrationspolitik durchsetzen konnte, wenn auch zunächst nur als Absichtserklärungen auf dem Papier, im Masterplan Migration. Als Kompensation wurde den Sozialdemokraten die Verabschiedung eines geforderten Einwanderungsgesetzes versprochen. Ein Vorhaben, auf das ebenfalls die Vertreter der deutschen Wirtschaft drängen, um den Arbeits- und Fachkräftebedarf zu regeln. Es wird in der Union deshalb auch nicht grundsätzlich auf Ablehnung stoßen.

Rechte parlamentarische Opposition

Im Bundestag spiegeln sich die bisherigen Verschiebungen in der Parteienlandschaft wieder. Sie bestimmten monatelang die Versuche der Regierungsbildung – das Scheitern der Jamaika-Gespräche und die schleppenden Verhandlungen über die Fortsetzung der Großen Koalition. Sie kam erst zustande, nachdem die SPD, die versprach, sich in der Opposition zu erneuern, mühselig die Skepsis und Widerstände in den eigenen Reihen überwinden konnte.

Im Parlament steht der nun großen Koalition mit der AfD erstmals eine rechtspopulistische Partei, mit einem völkisch-nationalen Flügel, als stärkste Oppositionskraft gegenüber. Deren Wahlerfolge und ihre wachsenden Umfrageergebnisse veranlassten die Regierungsparteien, die Stim-

mungen, die darin zum Ausdruck kommen, aufzunehmen und unter dem Druck der CSU auch teilweise umzusetzen. Die AfD bestimmt durch ihre Erfolge und ihre parlamentarische Präsenz weitgehend die Themen des politischen Diskurses, wie er sich in der Boulevardpresse, den bürgerlichen Medien aber auch in den öffentlich-rechtlichen Medien und ihren Talkshows niederschlägt.

Auch die FDP versucht auf der Welle nationaler und populistischer Parolen zu reiten. Wie die AfD attackiert sie die Regierung von rechts. Ihre Erneuerung, sprich das Vorhaben, sich als nationalliberale Kraft zu profilieren, war einer der Gründe, weshalb die FDP die Jamaika-Gespräche platzen liess. Es vertrug sich nicht mit Zugeständnissen an die Grünen, die linksliberale Konkurrenz. Die FDP wollte der Gefahr vorbeugen, erneut von den Wähler*innen abgestraft und unter die 5-Prozent-Hürde gedrückt zu werden, wie in der vorangegangenen Legislaturperiode. Übrigens beendete sie die Koalitionsgespräche Ende letzten Jahres unvermittelt, trotz weitgehender Zugeständnisse von Seiten der Grünen. »*Besser gar nicht, als falsch regieren*«, lautete die Begründung vom FDP-Vorsitzenden Lindner. Das brachte ihm, wie aktuell der CSU, den Vorwurf der staatsbürgerlichen Verantwortungslosigkeit ein. Er stelle die Interessen der FDP über das Wohl des Landes.

Das Drängen der Grünen in die Regierungsverantwortung

Bei den Grünen hat sich längst der Flügel durchgesetzt, der sich eine Koalition in alle Richtungen offenhält, nicht nur in den Ländern (wie in Baden-Württemberg) sondern auch auf Bundesebene. Die Bildung einer Jamaika-Regierung sollte den Grünen die Anerkennung als ganz normaler Koalitionspartner von Seiten der Union und der FDP bringen. Das scheiterte, wie schon gesagt, an der rechtsnationalen Profilierung der FDP. Seither sitzen die Grünen sozusagen zwischen den (Palaments-)Stühlen, als Oppositionskraft bemüht um Wählerstimmen, zugleich jedoch bereit, jederzeit Regierungsverantwortung zu übernehmen. Deutlich wahrnehmbar waren ihre politischen Signale, notfalls in eine Regierung unter Merkel einzutreten bzw. sie zu stützen, sollte durch den unionsinternen Machtkampf die CSU als Regierungspartei ausfallen.

Die Linke: Streben nach Regierungsverantwortung und Zerstrittenheit über den Weg

Zwar konnte die Linkspartei bei der Bundestagswahl – im Gegensatz zu den Volksparteien CDU/CSU und SPD – ihren Stimmenanteil leicht erhöhen. Aber der erste Blick täuscht; in den neuen Bundesländern, mit ihren besonderen Erfahrungen und Interessen, wurde sie von der AfD als zweitstärkste parlamentarische Kraft verdrängt. Auch etliche Wähler*innen der Linkspartei wechselten dort zur rechtspopulistischen AfD. Die Gründe liegen in den Hoffnungen/Erwartungen, die mit der Wahl der Linkspartei in die Regierungsverantwortung verbunden waren und die sie nicht erfüllen wollte und konnte. Sie erwies sich als eine normale bürgerliche Kraft, die sich in ihrem Regierungshandeln kaum von der SPD oder CDU unterschied.

In den westlichen Bundesländern konnte die Linkspartei ihren Stimmenanteil leicht ausbauen, blieb aber weit hinter dem rasanten Aufstieg der AfD zurück. Ihr gelang es nicht, wie gehofft, in größerem Umfang die von der SPD enttäuschten Wähler*innen zu gewinnen. Es half ihr nicht, sich als Alternative zu präsentieren, die die alten sozialdemokratischen Werte – was immer das sein mag – glaubwürdiger und kosequenter vertreten würde. Die Hoffnungen

der Linkspartei, durch parlamentarische Mehrheit von rot-rot-grün die große Koalition ablösen zu können, hat mit der Bundestagswahl einen weiteren Dämpfer erhalten. Diese Möglichkeit ist angesichts der Verluste der SPD in noch weitere Ferne gerückt. Zudem hatten die Parteispitzen von SPD und Grünen dem Streben der Linkspartei nach einer gemeinsamen Koalition eine klare Absage erteilt und sie haben dies in den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl nochmals praktisch unterstrichen. Es gab und wird in absehbarer Zeit keinen »Lagerwahlkampf« geben, wie von der Linkspartei angestrebt.

Die fehlende Perspektive einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene hat die innerparteilichen Auseinandersetzungen zugespitzt. Die Gräben zwischen den Parteiflügeln und Interessengruppen sind tiefer geworden, scheinen kaum noch überwindbar zu sein. Auch die zerstrittenen Politiker der Linkspartei versuchen im innerparteilichen Machtkampf die bürgerlichen Medien zu nutzen, von denen sie zugleich benutzt werden. Zwei Kontroversen bestimmten die Debatten auf dem Parteitag und die Berichterstattung in den Medien.

Die von Sarah Wagenknecht erhobene Forderung nach einer Begrenzung der Migration. »*Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass der Staat sie vor Dumpingkonkurrenz schützt*«, sagte die Linken-Fraktionschefin im Magazin »ZEIT Geschichte«. Sie versucht damit die Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung zu bedienen, um deren Abwanderung zur AfD zu verhindern bzw. um verlorene Wähler*innen zurückzugewinnen.

Der Plan von Wagenknecht zur Gründung einer »Sammlungsbewegung«

So schreiben Wagenknecht und Stegemann in Zeit-Online vom 8. Juni 2018 »*Nach jüngsten Umfragen steht die SPD bei rund 17 Prozent, Grüne und Linke kommen jeweils auf etwa 10 Prozent. Was im vorigen Bundestag zumindest rechnerisch noch möglich war, ist in weite Ferne gerückt: eine Mehrheit für linke Politik in Deutschland.*« Unter Verweis auf die Wahlerfolge von Podemos in Spanien und La France insoumise in Frankreich fragen sie weiter: »*Sollten das nicht hinreichende Gründe dafür sein, auch in Deutschland eine überparteiliche Sammlungsbewegung zu starten, die zusammenführt, was bisher getrennt agiert?*« Die Initiative für eine Sammlungsbewegung brachte dem Flügel um Wagenknecht den Vorwurf ihrer innerparteilichen Kontrahenten ein, die eigene Partei überflüssig machen zu wollen. Schließlich gäbe es mit der Linkspartei ja schon den Rahmen, offen für alle linken auch ohne ihr Parteibuch.

Podemos in Spanien ist in dem breiten Widerstand der letzten Jahre entstanden. La France insoumise konnte sich auf verstärkte Klassenauseinandersetzungen und soziale Bewegungen stützen. Mit Bewegung haben die Flügel in der Linkspartei wenig zu tun – Bewegungen kann man nicht gründen. Sie entstehen aus einer Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche und daraus resultierender sozialer Auseinandersetzungen.

An diesen Voraussetzungen mangelt es in der BRD. Die Widersprüche haben sich vertieft, es gibt aber nur vereinzelt sozialen Widerstand. Daraus hat sich bisher keine breite außerparlamentarische Bewegung entwickelt, wie bspw. in Spanien oder Frankreich. Die Linkspartei hat sich seit ihrer Gründung bemüht, als normale, demokratische Kraft im parlamentarischen Gefüge anerkannt zu werden. Dies hat sie als Koalitions- und Regierungspartner bei der Verwaltung der kapitalistischen Ordnung auf Länderebene unter Beweis gestellt. Nichts kennzeichnet die Linke besser, als der Umgang mit diesen Erfahrungen. (Es gibt sicherlich

zahlreiche Genoss*innen, die den Regierungsbeteiligungen sehr kritisch oder ablehnend gegenüberstehen. Sie bilden aber eine Minderheit, die mit ihren Positionen die Beschlusslage in der Partei nicht beeinflussen kann.) Eine breite, auch öffentlich geführte Debatte über die Ergebnisse der Regierungsbeteiligungen in Berlin, Brandenburg und Thüringen wird vermieden. Es gibt keinen relevanten Parteiflügel, der die Übernahme von Regierungsverantwortung unter kapitalistischen Verhältnissen und unter den

gegenwärtigen Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen in Frage stellt oder wenigstens die konkreten Bedingungen oder rote Linien für eine Regierungsbeteiligung formuliert.

Bei aller Kritik an der parlamentarischen Fixierung der Linkspartei, sie ist momentan im Bundestag die einzige Partei, welche die »sozialen Mißstände« und die Interessen/Forderungen der Betroffenen zur Sprache bringt – solange sie eben nicht selbst an der Regierung beteiligt ist.

26.07.2018 ■



Demonstration (links) gegen den AfD-Aufmarsch in Berlin (rechts), 27. Mai 2018

Fotos: Peter Homann/Umbruch Bildarchiv

Die gesellschaftliche Funktion des rechtsnationalen Populismus

»Menschen in Not, den Kriegsflüchtlingen muss man helfen, aber wir können nicht alle, die zu uns kommen, aufnehmen.« So lässt sich wohl die Meinung in der Mehrheit der Bevölkerung kurz zusammenfassen. Aber der Anteil derjenigen wächst, die den Parolen der AfD folgen. Das oft vorgebrachte Argument: »Seit Jahrzehnten haben die Politiker auf unsere Kosten gespart, jetzt, nachdem die Grenzen für die Flüchtlinge geöffnet wurden, ist auf einmal Geld vorhanden.«

Unzufriedenheit, Wut und Ängste, hervorgerufen durch das Gefühl der Ohnmacht über eine Entwicklung, die die Betroffenen nicht aufhalten und beeinflussen konnten, suchen sich ein Ventil. Mit der Wahl der AfD fanden deren Wähler*innen ihr Ventil und konnten »es denen da oben mal zeigen«. Und darin liegt die Funktion des nationalistischen Populismus. Er lenkt ab von den gesellschaftlichen Ursachen und deren Profiteuren. In den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte rücken die »Verantwortlichen« – »Merkel muss weg« – und die scheinbar einfachen Lösungen zu Lasten der Geflüchteten und anderer Minderheiten, aller, die sich zum Feindbild der AfD und anderer Rechtspopulisten eignen.

Mit den Wahlerfolgen der AfD prägen rassistische Vorurteile und nationalistische Losungen immer stärker die öffentlichen Debatten, wie sie sich in den Talkshows und der Auswahl ihrer Gäste als auch in der Berichterstattung der privaten und öffentlichen Medien widerspiegeln. Fast wöchentlich »wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben«. Ängste werden beständig geschürt und bedient

– siehe die monatelangen Schlagzeilen über die sexuellen Übergriffe auf der Kölner Domplatte, die Diskussionen über das Verbot von Kopftüchern, als Symbol der »Frauenfeindlichkeit« und »politischen Intoleranz des Islam« und der »Terrorgefahr« durch »Hassprediger« und »Gefährder«. Sie wären von Merkel ins Land geholt worden und lebten auf unsere Kosten von staatlichen Sozialleistungen. Nach dem Muster verlief auch die sogenannte BAMF-Affäre, bei der sich bald herausstellte, daß die Bremer Außenstelle juristisch korrekt gearbeitet hatte. Die AfD bestimmt immer stärker den gesellschaftspolitischen Diskurs.

Der Rechtspopulismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen

Das damit geschaffene gesellschaftliche Klima drängt die Berichterstattung über andere Ereignisse an den Rand. Nicht die Linke (im weitesten Sinne) oder die Sozialverbände und Gewerkschaften, sondern die AfD gibt die Themen der öffentlichen Debatten vor. Die übrigen Parteien agieren nicht, sondern reagieren – vor allem die Koalitionsparteien, zu deren Lasten die Erfolge der AfD gehen. Kaum noch ein Politiker aus Union und Sozialdemokratie – von der rechtsnationalen FDP brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht zu reden – wagt es, sich offen gegen Volkes Stimme und Stimmung zu stellen. Das Asylrecht, die Genfer Flüchtlingskonvention und die allgemeinen Menschenrechte bleiben auf der Strecke, gehen mit der zunehmenden Anzahl ertrunkener Flüchtlinge im Mittelmeer unter. Die

Empörung darüber scheint der Gewohnheit gewichen oder verhallt rasch, während die Pläne zum Ausbau der inneren Sicherheit (Polizeigesetze der Bundesländer) und zur militärischen Sicherung der europäischen Aussengrenzen (Frontex) vorangetrieben werden.

Die CSU (jedenfalls ihre Führungsriege Söder, Dobrindt, Seehofer) bedient sich nicht nur der Rhetorik der AfD. Sie hat sich mit Übernahme von deren Forderungen im »Masterplan Migration« in der Koalition weitgehend durchgesetzt (siehe Artikel »Die CSU setzt weitere Rechtswende in der Regierungskoalition durch«). Die Versuche von CSU und Teilen der CDU, der AfD damit den Wind aus den Segeln zu nehmen, wird das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken. Es macht die AfD in breiteren Wählerkreisen salonfähig und die Leute, die aus Wut und Unzufriedenheit den Volksparteien den Rücken gekehrt haben, wählen lieber das Original.

Die Regierungsvertreter der SPD enthielten sich weitgehend einer inhaltlichen Kritik an den CSU-Plänen zur Migration und warteten den Ausgang des Machtkampfes zwischen den Unionsparteien ab. Danach billigten sie deren Kompromiss mit dem Versprechen für ein Einwanderungsgesetz. Die Fragen von Flucht, Einwanderung und Migration wollen sie nicht zum öffentlichen Zankapfel, zu einer Koalitionsfrage machen – auch im Hinblick auf die Abwanderung vieler ihrer Wähler zur AfD und auf die öffentliche Stimmung.

Auch innerhalb der Grünen (Kretschmann, Palmer) und der Linkspartei (Wagenknecht) mehren sich die Stimmen für eine Begrenzung der Migration. Die offiziellen Positionen in der Migrationsfrage, festgehalten in Programmen und Parteitagebeschlüssen, spielten und werden in zukünftigen Koalitionsverhandlungen keine Rolle spielen. Sie wurden und werden wohl als erstes der angestrebten Regierungsbeteiligung geopfert.

Die parlamentarischen Parteien in der BRD, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen und sich zu ihren Regeln bekennen, können den Nährboden für Rassismus und Nationalismus nicht trocken legen, weil sie deren Ursachen nicht beseitigen können. Zunehmende Zukunftsängste sind aktuell eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung (Stichwort Globalisierung). Die

Deregulierung erfasst nicht nur den Arbeitsmarktes (Agenda 2010), sondern auch den Wohnungsmarkt und zahlreiche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die zunehmend dem Konkurrenzdruck des Marktes ausgesetzt wurden. Die Ängste, das Gefühl der Ohnmacht – am Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt, gegenüber den Repressionen der staatlichen Sozialbürokratie – haben eine reale Grundlage. Damit verknüpft ist die Abwendung von den bisherigen parlamentarischen Vertreten, von denen sie sich verkauft fühlen, und die Suche der (AfD)-Wähler*innen nach der starken Hand, nach der Autorität, die ihren Wünschen und Anliegen Geltung verschafft. Reaktionäre und repressive Lösungen, wie von den Rechtspoulisten gefordert, werden von den Regierungsparteien aufgegriffen und umgesetzt. Ihnen bleibt nichts anderes übrig

Antirassistischer/antifaschistischer und sozialer Widerstand

Zwischen den zunehmenden Krisenerscheinungen im Kapitalismus und dem Erstarken nationalistischer und faschistischer Kräfte besteht zwar ein unmittelbarer Zusammenhang, aber kein Automatismus. Aber allein mit Aufklärung und den besseren Argumenten, so wichtig und hilfreich sie auch sind, ist dem Erstarken des Rassismus nicht beizukommen. Auch die zahlreichen Aktionen gegen die Parteitage und Aufmärsche der AfD, um ihr nicht die Straße zu überlassen, konnten nicht verhindern, dass sie an Zuspruch und Einfluss gewann. Ohnmachtmachtsgefühle und Ängste, die den Erfolgen der AfD zugrunde liegen, die sie bedient und weiter schürt, lassen sich nicht wegdiskutieren und -demonstrieren. Solange sich die überwältigende Mehrheit der Lohnabhängigen als Opfer sieht, die keinen Einfluß auf ihre Lebensbedingungen nehmen kann, wird sich am Zulauf für nationalistische, rassistische und reaktionäre Populisten wenig ändern. Vereinzelt und Ohnmacht lassen sich nur durch kollektives Handeln für die eigenen Interessen überwinden. Das reaktionäre gesellschaftliche Klima lässt sich nur durch breite soziale Bewegungen wenden, wenn es ihnen gelingt, ihre Themen und Forderungen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatten zu rücken.

Rassismus, Nationalismus und seine Ursachen: die Arbeitskraft als Ware

Die kapitalistische Gesellschaft treibt die Menschen auf allen Ebenen in eine zunehmende Konkurrenz: Die Mieter*innen bei der Wohnungssuche, die Erwerbslosen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, die Belegschaften zum Erhalt ihres Standortes, die Beschäftigten der einzelnen Ländern, wie es in der Losung »Sicherung des Standortes Deutschland« zum Ausdruck kommt.

Der Kapitalismus hat nicht nur die natürlichen Ressourcen und die Produkte menschlicher Arbeit, er hat die Arbeitskraft selbst zu einer Ware gemacht, sie den Gesetzmäßigkeiten seines Marktes unterworfen. Ohne diese Voraussetzung kann die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht existieren. Den abhängig Beschäftigten gelang es und kann es gelingen, möglichst günstige Bedingungen beim Verkauf der Arbeitskraft zu erkämpfen. Sie konnten dem freien Markt über Tarifverträge und die Sozialgesetzgebung Schranken setzen. Drei Faktoren sind dabei ausschlaggebend:

1. die Entschlossenheit und Bereitschaft der Lohnabhängigen, über den Kampf die eigene Lage zu verbessern;

2. die Kraft der Gegenseite, des Unternehmerlagers, dies abzuwehren oder rückgängig zu machen;
3. der kapitalistische Arbeitsmarkt selbst, die Entwicklung von Angebot und Nachfrage.

Wir erleben seit über zwei Jahrzehnten, wie die Schranken auf den kapitalistischen Märkten schrittweise abgebaut werden – vor allem von den Parteien, die, wie die SPD, für diese sozialpolitischen Erfolge standen. Der Widerstand dagegen kann, wenn er möglichst breite Schichten unter den Lohnabhängigen erfasst (dazu gehören selbstverständlich auch die Erwerbslosen), den Aufstieg des nationalistischen Rechtspopulismus bremsen. Die Ursache beseitigen kann er nicht. Das wäre nur durch die Abschaffung der Lohnarbeit als solcher möglich, d.h. mit der Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsordnung, die aus der Arbeitskraft eine Ware gemacht hat.

Eine breite soziale Bewegung fehlt zur Zeit. Umso wichtiger ist es, die vereinzelt und schwachen Aktionen des sozialen Widerstandes zu unterstützen, ohne die sich solche Bewegungen nicht herausbilden können. »Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!« Seit über hundert Jahren besungen, zeigt diese Erkenntnis: Das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital lässt sich nur

durch den Klassenkampf von unten zu Gunsten der arbeitenden und erwerbslosen Menschen verschieben. Auf der parlamentarischen Ebene spiegelt sich dieses Kräfteverhältnis nur wieder – momentan durch ein Erstarren der AfD und einen Rechtsruck, der sich durch alle parlamentarischen Parteien zieht.

26.07.2018 ■



Das Internierungslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos

»Flüchtlingskrise« und Merkels Kampf für die Geschlossenheit der EU

Die Öffnung der deutschen Grenzen im August 2015, auf dem Höhepunkt der »Flüchtlingskrise«, verschaffte Merkel den Ruf (bis weit in linke und alternative Kreise), sie stehe für eine menschliche Lösung der Flüchtlingsfrage. Ihr gelang es, das durch die Spardiktate ramponierte Image der Bundesrepublik, aufzupolieren. Nunmehr galt Deutschland mit seiner »Willkommenskultur« als Repräsentant humanistischer Werte und nicht mehr als Lehrmeister Europas. Doch hinter diesem schönen Schein verbargen sich auch andere, staatspolitische Absichten und Ziele. Im Kern ging und geht es der Bundeskanzlerin um die Geschlossenheit der Europäischen Union und um die deutsche Führungsrolle auch in dieser Frage.

Blicken wir deshalb kurz zurück. Im März 2016 schrieben wir in der Arbeiterpolitik unter der Überschrift:

»Flüchtlingskrise«, »Eurokrise«, »Syrienkrise« ... Scherbenhaufen, wohin man blickt

Für das deutsche Kapital ist die EU das Lebenselixier, da es ohne seine Exportmärkte, die überwiegend (2014: 58%) in der EU liegen, und Produktionsstätten in EU-Ländern (VW

z.B. hat alleine 32 Produktionsstandorte in EU-Ländern außerhalb Deutschlands) nicht überleben kann. Das deutsche Industriekapital hat insbesondere nach der Weltwirtschaftskrise 2008/9 seine führende Rolle in der EU ausgebaut, weil es vom Euro, den durch Hartz IV gedeckelten Lohnkosten und seinem technologischen Vorsprung profitieren konnte. Das brachte Deutschland in die Position der führenden Nation innerhalb der EU.

Als im August letzten Jahres Ungarn die Grenzen gegenüber den Flüchtlingen schloss, handelte die deutsche Regierung ganz konsequent im Sinne einer europäischen Regierung und damit im Sinne des deutschen Kapitals: Es galt eine Kettenreaktion auf die ungarische Maßnahme zu verhindern, nämlich, dass ein Land nach dem andern Zäune baut und die Grenzen schließt. Damit wären der Binnenmarkt und der freie Waren- und Kapitalverkehr gefährdet, mithin die wichtigste Errungenschaft für das deutsche Kapital. Es drohte die Renationalisierung der EU, d.h. der Rückzug in einzelne Nationalstaaten. Es war also durchaus logisch, als Merkel darauf reagierte und ankündigte, dass Deutschland die Grenzen öffnen werde. Als heimliche EU-Regierungschefin dachte sie natürlich, dass die anderen Länder über kurz oder lang mitziehen würden, da auch

sie kein Interesse an einem Zusammenbruch des Binnenmarktes und der Wiedereinführung von Grenzkontrollen haben dürften.

Wenn die EU keine politisch bestimmende Regierung und kein gemeinsames Ziel mehr hat und jedes Land machen kann, was es will, und dies auch tut, dann wird die EU bedeutungslos auf der weltpolitischen Bühne.

Zur Einwanderung in die EU heißt das Zauberwort jetzt: »Sicherung der Außengrenzen«. Wenn man den Schengen-Raum und den Binnenmarkt für Waren und Güter aller Art aufrecht erhalten wolle, müsse man die EU-Außengrenzen dicht machen.

Die Sicherung der Aussengrenzen: der EU-Türkei-Deal

Schon im März 2016 wurde mit der verstärkten Sicherung der Aussengrenzen begonnen, durch einen Deal zwischen der EU und der Türkei, mit entsprechenden finanziellen Gegenleistungen. Die Türkei wurde zu einem sicheren Herkunftsland erklärt und verpflichtete sich, soweit dies überhaupt möglich ist, die Grenzen zu Griechenland dicht zu machen. Die Fluchtroute zu den in Sichtweite liegenden griechischen Inseln wird seither von den türkischen Sicherheitsbehörden blockiert. Griechenland wurde verdonnert, die Bootsflüchtlinge auf den Inseln festzuhalten, um sie an der Weiterfahrt zu hindern. Die Informationen und Bilder von den Zuständen im Lager Moria – beschönigend »hot-spots« genannt – auf der Insel Lesbos sollen der Abschreckung dienen. Für 1.800 Personen geplant, werden derzeit über 7.000 Menschen dort interniert – unter unmenschlichen Bedingungen und mit der Ungewissheit über ihr weiteres Schicksal werden sie dort monatelang festgehalten. Der EU-Türkei-Deal wird bis heute von Merkel und den Regierungen der anderen EU-Staaten vehement gegen alle Kritik verteidigt. So viel zu den moralischen Motiven, die viele in Merkels Flüchtlingspolitik zu entdecken glaubten.

Während der »Finanz- und Eurokrise« waren die Mitgliedsländer in der EU noch den fiskalischen und sozialpolitischen Vorgaben der deutschen Regierung gefolgt. Die Erwartungen Merkels, die Bundesregierung könne auch bei der Bewältigung der »Flüchtlingskrise« eine einheitliches

Handeln erzwingen, gingen nicht in Erfüllung. Die Differenzen in wesentlichen Fragen, wie der Verteilung der Geflüchteten oder einer einheitlichen Regelung der Asyl- und Aufnahmeverfahren, blieben bestehen und haben sich vertieft. Zahlreiche osteuropäische Regierungen, allen voran die ungarische unter Orban, weigern sich strikt, Geflüchtete ins Land zu lassen. Die Mittelmeerländer, Griechenland, Italien und nun verstärkt auch Spanien, blieben/bleiben auf den »Gestrandeten« sitzen, während andere europäische Staaten, wie Dänemark, zunehmend ihre Grenzen dicht machten.

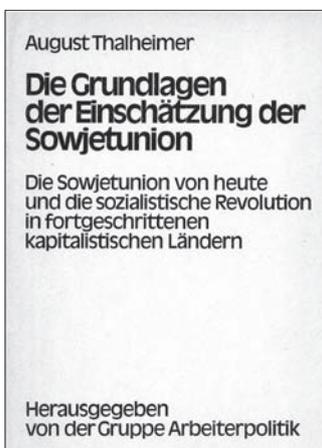
Im Juni 2016 folgte die Entscheidung der britischen Wähler für den Austritt aus der EU. Für die Brexitbefürworter spielte die Zuwanderungsfrage, vor allem osteuropäischer Arbeitskräfte, eine wesentliche Rolle. Die britische Regierung solle diese selbst steuern und einschränken und sich nicht mehr den Gesetzen und Regelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU unterwerfen. An der Arbeitnehmerfreizügigkeit haben gerade die ärmeren ost- und südeuropäischen Länder ein großes Interesse, mindern sie doch die Erwerbslosigkeit im eigenen Land und sorgen für einen finanziellen Rückfluss durch die innereuropäischen Arbeitsmigranten. Dies ist einer der Gründe, warum nicht nur die nationalpopulistischen Regierungen in Osteuropa sondern auch eine Mehrheit in der Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft nicht in Frage stellen.

Trotz aller Bemühungen der Bundesregierung konnten die Differenzen innerhalb der Europäischen Union in der »Flüchtlingsfrage« in den letzten beiden Jahren nicht beigelegt werden. Die Verfechter nationaler Eigeninteressen, durch die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien gestärkt, haben eine Einigung blockiert. Und ausgerechnet in dieser Situation drohte Innenminister Seehofer mit der umgehenden Schließung der Grenze zu Österreich, mit einem nationalen Alleingang der Führungsmacht in der EU. Das hätte alle bisherigen Bemühungen der Bundesregierung auf europäischer Ebene konterkariert und Merkel desavouiert. Dem konnte die Bundeskanzlerin nicht nachgeben. Sie suchte fieberhaft nach einem Kompromiss, um den Streit innerhalb der Unionsfraktion nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Die Rückführungen in andere EU-Staaten sollten auf keinen Fall einseitig, sondern nur nach bilateralen Absprachen erfolgen. Merkel erhielt die Zusi-



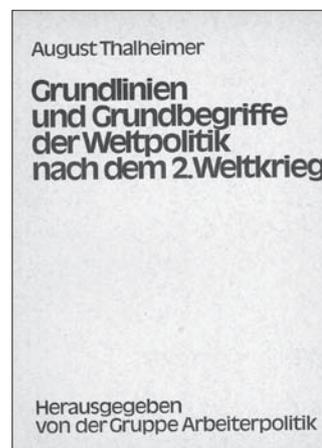
Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten
von August Thalheimer 1945 – 1948,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer
**Die Grundlagen der Einschätzung
der Sowjetunion**
Die Sowjetunion von heute
und die sozialistische Revolution
in fortgeschrittenen
kapitalistischen Ländern
Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
**Grundlinien und Grundbegriffe der
Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

cherung von 14 Regierungen zu Gesprächen für derartige Abmachungen. Seehofer akzeptierte und muss nun über die zwischenstaatlichen Lösungen und entsprechende Verträge verhandeln, beispielsweise mit Österreich und Italien.

Das einzige, worauf sich die EU-Regierungen auf ihrem letzten Gipfel überhaupt gemeinsam verständigen konnten, war eine verstärkte Sicherung der europäischen Außengrenzen. So soll mit der Abwehr von Geflüchteten an den Außengrenzen zugleich die zerstrittene EU vor dem weiteren Zerreißen bewahrt werden. Eine Reihe von Maßnahmen wurde in diesem Zusammenhang beschlossen:

Stärkung von Frontex: Die geplante personelle Aufstockung der EU-Grenzschutz-Agentur Frontex soll der verbesserten Kontrolle der Außengrenzen dienen. Von insgesamt 10.000 Polizisten die Rede, der Ausbau soll bis 2020 abgeschlossen sein. Diese Angaben sind allerdings nicht im Abschlussdokument enthalten. *»Dort heißt es aber, Frontex solle ein »erweitertes Mandat« erhalten. Die Erklärung klingt so, als ob Frontex künftig auch an der »Rückführung irregulärer Migranten« beteiligt wird. Näheres wird nicht mitgeteilt.«* (taz, 30.06.2018)

»Ausschiffungsplattformen« Nordafrika: *»Die Regierungschefs wollen, dass ein Konzept »regionaler Ausschiffungsplattformen« »ausgelotet« wird. Darunter werden Einrichtungen in Nordafrika verstanden, in die Flüchtlinge gebracht werden, die auf seeuntüchtigen Booten im Mittelmeer gerettet wurden. [...] Bisher wurden solche Flüchtlinge vor allem nach Italien und Malta gebracht. [...] Im Gipfeldokument heißt es ausdrücklich, man wolle »vermeiden, dass eine Sogwirkung entsteht«. In den Plattformen soll auch nicht EU-Recht, sondern nur internationales Recht gelten. Gemeint ist wohl die Genfer Flüchtlingskonvention, die nur eine Rückschiebung in den Verfolger-Staat verbietet.«* (taz, 30.06.2018) So wird verhindert, dass die Geflüchteten europäischen Boden betreten und europäisches Asylrecht beanspruchen können. Auch deren Verteilung innerhalb der EU, die für so viel Streit unter den Mitgliedsstaaten sorgt, würde dadurch umschifft. Bisher haben allerdings alle Staaten Nordafrikas die Errichtung von »Ausschiffungsplattformen« dankend abgelehnt.

»Kontrollierte Zentren« in Europa: *»Weil also Ausschiffungsplattformen in Nordafrika bis auf weiteres unrealistisch sind, heißt es im nächsten Punkt der Gipfel-Erklärung,*

dass Flüchtlinge, die im Mittelmeer gerettet werden, zu »kontrollierten Zentren« auf EU-Boden gebracht werden sollen. [...] Diese Einrichtungen sollen freiwillig sein. Bisher ist aber kein Land bekannt, das ein derartiges Zentrum einrichten will. [...] Auch die Übernahme von anerkannten Flüchtlingen aus diesen Zentren soll freiwillig sein.« Die Pläne für derartige »kontrollierte Zentren« ähneln den sogenannten »Hot Spots«, wie sie die Europäische Union schon seit 2015 mit dem Lager Moria auf Lesbos in Griechenland betreibt, oder den von Horst Seehofers Innenministerium konzipierten deutschen Ankerzentren in Manching und Bamberg. Dort müssen die Flüchtlinge wohnen bleiben (»Residenzpflicht«) bis das Verfahren abgeschlossen ist. Es gibt allerdings bisher keinen Staat auf europäischem Boden, der sich zur Einrichtung solcher Zentren zu Verfügung stellt.

Auch in weiteren Streitfragen der Migrationspolitik konnten die Regierungsoberhäupter auf dem EU-Gipfel keine Einigung herstellen. Die Europäische Union zeigt sich zerstrittener denn je. Bilaterale Abkommen sollen die Gräben überbrücken. Nationale Alleingänge werden zunehmen, um sich Vorteile in diesen bilateralen Verhandlungen zu verschaffen. Italien und Malta praktizieren dies mit der Schließung ihrer Häfen, übrigens nicht nur für zivile, sondern auch für Schiffe der EU-Mission »Sophia«, wenn sie Flüchtlinge an Bord haben.

2016 wurde die Abwehr von Bootsflüchtlingen in der Ägäis den türkischen Sicherheitskräften übertragen. Zwei Jahre später wird die Seenotrettung in lybischen Hoheitsgewässern praktisch deren Küstenwache überlassen. Die nichtstaatlichen, humanitären Rettungsboote wurden beschlagnahmt, der Kapitän der »Lifeline« in Malta vor Gericht gestellt. Es gibt derzeit keine NGO-Rettungsschiffe mehr im Mittelmeer. Nicht moralische, sondern materielle Interessen und strategische Ziele (die Geschlossenheit der EU im weltweiten Konkurrenzkampf) bestimmen die Politik der EU-Regierungen. Wissentlich nehmen diese die steigende Zahl Ertrunkener zur Abschreckung in Kauf. Die moralischen Hürden bis zur Anwendung militärischer Gewalt zum Schutz der europäischen Aussengrenzen werden mit den wachsenden Erfolgen der nationalistischen Rechtspopulisten immer niedriger.

26.07.2018 ■



Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg
1945
Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Reprint
Zeitschrift Arbeiterpolitik
November 1948 bis Juli 1950, einschl. »Offene Worte an Kommunisten«
Gruppe Arbeiterpolitik 1975
440 Seiten A5, Broschur | 7,50 EUR



KORRESPONDENZ:

■ VERBALE BESCHIMPFUNGEN SEITENS DER AFD SCHLUGEN IN OFFENE GEWALT UM

Angriffe gegen Gewerkschafter in Hanau

Der Angriff kam plötzlich, hinterhältig und unvermutet. Am 20. Juli 2018 wurde ein aktiver Gewerkschaftskollege und Betriebsrat in Hanau bei einer Kundgebung gegen die AfD niedergestreckt und musste die anschließende Nacht im Klinikum verbringen. Er erlitt ein »Schädel-Hirn-Trauma, Prellungen und kurzzeitige Amnesie«. »Dass Umstehende den Vorfall mitbekamen und sofort dazwischen gingen, rettete dem Gewerkschafter vielleicht das Leben (Presseerklärung des DGB, Region Südosthessen, vom 22.7.)«. »Zuvor hatte ein AfD-Sympathisant versucht, der Regionsgeschäftsführerin des DGB-Südosthessen, Ulrike Eifler, das Mikrofon zu entreißen. Der aufmerksame Kollege drängte ihn ab, wurde aber urplötzlich von einem zweiten Mann von hinten angegriffen. Der Vorfall ereignete sich vor der Kulturhalle Steinheim in Hanau, in der zu dieser Zeit eine Pseudogedenkveranstaltung der AfD zum 20. Juli 1944 (der offiziell gefeierte Tag zum – bürgerlichen – Widerstand gegen Hitler) mit Beatrix von Storch als Hauptrednerin lief. Der DGB Südosthessen hatte zu einer Gegenkundgebung aufgerufen, zu der mehrere hundert Menschen (Polizeibericht 200, DGB-Presseerklärung 400) erschienen waren. Inzwischen hat der DGB Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung gestellt. Die Gewalttat war der Höhepunkt einer Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und AfD in Hanau, darüber hinaus im Rhein-Main-Gebiet, die seit Monaten eskaliert und die wir im Folgenden der Reihe nach darstellen.

»Dagegen halten!«

In Hanau gibt es eine lange Vorgeschichte der Abwehr von Rechtsextremen durch Antifaschisten, wie in anderen

Regionen auch. In vergangenen Jahrzehnten ging es etwa um die NPD, dann die »Republikaner«, in den letzten Jahren erneut um die NPD und nun die AfD. So wurden zeitweilig Bündnisse gegen Rechts gegründet und gibt es sie teilweise immer noch. Die Aktiven kommen aus verschiedenen Zusammenhängen: Gewerkschaften, linke Parteien, sozialpolitische Initiativen, autonome Antifa, bürgerliche Vereine, kirchliche Gruppen etc. Eine Zeitlang wurde der Ostermarsch in Bruchköbel von Nazis zu unterwandern versucht; dies wurde durch ein aktives Bündnis abgewehrt. Bei den Aufmärschen der NPD zum 1. Mai 2013 und zum Bundestagswahlkampf des gleichen Jahres fühlte sich sogar die politische Führung der Stadt (SPD, Grüne u. a.) zur Gründung eines »Runden Tisches« veranlasst, der freilich im Sande verlief.

Die direkte Vorgeschichte der Auseinandersetzung mit der AfD begann wohl mit einer Rede der Regionsgeschäftsführerin des DGB Südosthessen (Sitz: Hanau), Ulrike Eifler, auf dem Ostermarsch in Bruchköbel 2016, in der sie klare Worte zum Charakter der AfD fand: »Die AfD ist die gefährlichste aller Parteien am rechten Rand, die es jemals in der Nachkriegsgeschichte gegeben hat, und zwar aus drei Gründen ...«. Der erste sei der nach außen gelungene Anschein von Seriosität; der zweite der Schulterschluss mit extrem rechten Gruppierungen und deren Aktivitäten auf der Straße; der dritte der Zusammenfall des Aufbaus der AfD mit einer tiefen sozialen Krise in Deutschland (vgl. Arbeiterpolitik 2/2016, S. 3 f.).

Zur Landtagswahl in Hessen, die im Oktober 2018 stattfinden wird, schritt Eifler zur Tat. Sie rief zur Gründung des Bündnisses »Keine AfD im Landtag« auf, die auch umgesetzt wurde. Es gibt einen Aufruf im Netz (keine-afd-im-

landtag.de), eine große Zahl von ErstunterzeichnerInnen, Unterstützerguppen über das antifaschistische Spektrum von linken Parteien, Jugendorganisationen, Verbänden, kirchlichen Gruppen hinweg, namhafte ReferentInnen, Presseerklärungen, Berichte und Stellungnahmen. Kontaktadresse ist das DGB-Büro in Hanau. Ein besonderer Aufruf wurde für den Main-Kinzig-Kreis verfasst: *»Dagegen halten! Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im MKK sagen: Die AfD ist keine Partei für Arbeitnehmer.«*

Vereinnahmungstaktik der AfD

Nun ist dieses Bündnis »Keine AfD im Landtag« keineswegs das einzige im Lande, es gibt viele davon in Hessen und anderen Bundesländern. Dennoch ist offenbar der Hanauer DGB durch diese Aktivitäten und die klare Sprache der Regionsgeschäftsführerin in den Fokus geraten. Die Hanauer AfD versuchte es zunächst mit einer Vereinnahmungstaktik. Als am 12. März in der provisorischen Unterkunft des DGB in der Willy-Brandt-Straße (das Gewerkschaftshaus am Freiheitsplatz wurde renoviert) die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten) im Rahmen der Eröffnung einer Ausstellung über die AfD eine Diskussionsveranstaltung durchführte, erschienen auch vier Mitglieder der AfD. Das prominenteste war der Rechtsanwalt Walter Wissenbach, Spitzenkandidat seiner Partei in der vergangenen Wahl zum Landrat des Main-Kinzig-Kreises (die der Vertreter der SPD gegen fünf Konkurrenten knapp gewann). Seine Taktik war die der Anbiederung: *»Wir wissen, dass Sie nicht unsere Wähler sind, aber Sie sollten bedenken, dass Rechte und Linke gemeinsame Interessen gegenüber dem etablierten Parteiensystem haben.«* Natürlich verfiel das nicht. In ausführlichen und eindeutigen Wortbeiträgen seitens der VVN und anderer Diskussteilnehmer wurde dargelegt, dass die AfD ein inhumanes und rassistisches Menschenbild vertrete und eine »Gemeinsamkeit« zwischen links und rechts völlig undenkbar sei. Bezeichnend war hierbei die Berichterstattung des »Hanauer Anzeigers«. Es ist bekannt, dass in der Redaktion dieses Blattes eine gewisse Verbundenheit mit der AfD besteht. Der an dem Abend anwesende und verantwortliche Journalist nahm Wissenbach beim Wort. Er überschrieb seinen tendenziösen Artikel mit den Worten *»Linke trifft auf Rechte«* und hob hervor, dass es nicht zu Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten gekommen sei. Die klaren Aussagen, die gemacht wurden, waren ihm keine Erwähnung wert; er versuchte, das Bild der angeblichen »Gemeinsamkeit« zu vermitteln und damit die AfD zu le-

gitimieren als eine Partei unter anderen. Offenbar ging es ihm darum, die Linie der AfD zu unterstützen.

Keine AfD im Gewerkschaftshaus!

Der nächste Schritt (ob so geplant oder nicht) war ein »Gesprächsangebot« von Wissenbach an den DGB. Den am 12. März begonnenen »Dialog« wollte man fortsetzen. Hintergrund war die Planung der AfD-Veranstaltung am 20. Juli in der Kulturhalle Steinheim. Hier wollte die AfD sich in die Tradition des bürgerlichen Widerstandes gegen Hitler einreihen, sich als Partei der Saubermänner und -frauen darstellen und die Krawallkarte dem DGB zuschieben. Wissenbach verlangte also, an dem vom DGB am 16. Juli angesetzten Vorbereitungsgespräch für eine Gegenkundgebung zur AfD-Veranstaltung am 20. Juli teilnehmen zu dürfen. Im Grunde, so wiederholte er frühere Aussagen, sei die DGB-Aktion aber unnötig, weil man doch »gemeinsame Interessen« habe.

Ulrike Eifler und ihr Stellvertreter, Tobias Huth, reagierten mit einem Hausverbot für den AfD-Funktionär. Sie beriefen sich auf die offene Gewerkschaftsfeindschaft der AfD: *»Wir bekommen Drohbriefe und Emails, in denen man ankündigt, uns in Arbeitslager stecken zu wollen. Kollegen, die sich kritisch über die AfD äußern, laufen Gefahr, verklagt zu werden. Und in Norddeutschland fordert die Partei Schülerinnen und Schüler auf, kritische Lehrer auf einer Meldeplattform zu denunzieren.«* (Presseerklärung DGB untersagt Wissenbach Zutritt zum Gewerkschaftshaus« vom 15.7.2018) Von einem »Dialog« am 12. März könne keine Rede sein. Das Gesprächsangebot sei eine Inszenierung. Man werde vom Hausrecht Gebrauch machen.

Zur Begründung hieß es: *»Wer unzufrieden mit der sozialen Situation in der Bundesrepublik ist, hat absolut Recht damit. Wir können nicht länger hinnehmen, dass es Leiharbeit, Niedriglohn und Armutsrenten gibt, dass die Mietpreise im Rhein-Main-Gebiet immer weiter steigen und es kaum noch möglich ist, eine bezahlbare Wohnung zu finden und dass es an den Schulen Unterrichtsausfall, verrottete Toiletten und undichte Schuldächer gibt. Und genauso wenig können wir hinnehmen, dass die Reichen und Superreichen steuerlich geschont werden und deshalb nicht genug Geld für soziale Projekte und öffentliche Infrastruktur da ist. Wer an diesen Missständen etwas ändern möchte, sollte sich gemeinsam mit uns in Sozialbündnissen, Wohnrauminitiativen oder Gewerkschaften engagieren. Statt rechter Hetze brauchen wir eine starke, solidarische Bewegung, die Druck macht für eine Umverteilung von oben nach unten.«*

Unsere Alternative heißt Solidarität! Der Angriff auf den DGB ist auch ein Angriff auf uns!

Wir erklären uns solidarisch mit dem DGB in Hanau und verurteilen die Angriffe der AfD auf Hanauer Gewerkschafter. Weil der DGB zum Protest gegen eine Veranstaltung mit der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch aufgerufen und ein »Gesprächsangebot« mit der AfD ausgeschrieben hatte, wurden der Hanauer DGB und seine Vertreter in der Öffentlichkeit massiv und zum Teil persönlich angegriffen. Die AfD schreckte auch nicht davor zurück, eine öffentliche Mahnwache gegen Linksextremismus und politische Straftaten vor dem Hanauer Gewerkschaftshaus durchzuführen. Damit vermittelte sie den Eindruck, die Vertreter des DGB stünden mit konkreten Straftaten in Verbindung.

Wir verurteilen, wie die AfD falsche Fakten schafft und damit die Gesellschaft spaltet. Und wir sagen deutlich: Eine Partei, die zu Protesten vor Gewerkschaftshäusern aufruft, hat kein Interesse an starken Gewerkschaften und der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. Der Angriff auf den Hanauer DGB ist auch ein Angriff auf uns. Wir erklären hiermit, dass wir solidarisch an der Seite der Hanauer Kolleginnen und Kollegen stehen. Angriffe auf alle müssen gemeinsam abgewehrt werden. Unsere Alternative heißt Solidarität!

Ulrike Eifler

DGB Südosthessen, Regionsgeschäftsführerin



»Mahnwache zur linksextremen Gewalt«

Darauf reagierte die AfD mit einer »Mahnwache gegen politisch motivierte Gewalt und deren Verharmlosung« – in Wahrheit: »zur linksextremen Gewalt«, wie sie es verstanden wissen wollte. Sie erschien am 16. Juli mit etwa zehn Leuten unter Führung von Wissenbach und mit drei Plakatständern vor dem DGB-Haus, um die Gewerkschaften »vorzuführen«. Rund siebzig GewerkschaftskollegInnen, die hiervon in Kenntnis gesetzt wurden, eilten herbei und umringten die AfD-Aktion, so dass sie wirkungslos verpuffte. Zu Tötlichkeiten kam es nicht: Die AfD'ler waren zu wenige, und die Gewerkschaftskollegen gaben sich keine Blöße. Das geplante Vorbereitungsgespräch zur Gegenkundgebung fand statt, und die AfD'ler räumten ihre »Mahnwache« vorzeitig und ohne ihr Ziel erreicht zu haben.

Doch Unterstützung kam von bisher schon »bewährter« Seite. In einem Artikel, der am 20. Juli, also dem Tag der AfD-Veranstaltung, im »Hanauer Anzeiger« erschien, erwies sich das Blatt erneut als Sprachrohr für AfD-Verlautbarungen. Die Mahnwache habe demnach die Rolle des Hanauer DGB an den Tag gebracht. Man habe Plakattafeln ausgestellt, die Ergebnisse linksextremer Gewalttaten im Main-Kinzig-Kreis und das Ausmaß bundesweiter Strukturen des Linksextremismus auswiesen. Irgendwelche Belege, die Personen mit Taten in Verbindung bringen könnten, wurden nicht erbracht. Dies erfolgte vielmehr durch Suggestivbehauptungen. Der DGB in Hanau sei fest in der Hand von Ulrike Eifler, die ihrerseits gewerkschaftliche Ressourcen zugunsten ihrer Partei DIE LINKE ausbeute. »Inhalte und Sprache der Funktionäre Huth und Eifler seien 'stramm marxistisch'. Bei Huth komme noch die No-Border-No-Nation-Ideologie hinzu. (Hanauer Anzeiger, 20.7.2018)«

Es ging also nicht nur um die Durchführung einer AfD-Veranstaltung im Wahlkampf an diesem Tag. Die gegenwärtig bestorganisierte Partei der Rechtsextremen macht offen und massiv Front gegen die Gewerkschaften im Main-Kinzig-Kreis und besonders ihre führenden Repräsentanten. Sie behauptet, dass Straftaten des angeblichen Linksextremismus örtlich und bundesweit zunehmen, nennt in diesem Zusammenhang die Namen von Eifler und Huth und erweckt damit den Eindruck, dass Gewerkschaftsfunktionäre politische Straftäter seien. Hinzu kommt der Vorwurf der Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern. Dass das in Kreisen, die für rechtspopulistische Verdrehungen anfällig

sind, besonders gut ankommt, liegt auf der Hand. Eifler kündigte Gegenmaßnahmen, auch juristische Prüfungen, an.

Solidaritätserklärung des Hanauer DGB

Als erstes wurde aber politisch reagiert. In einer Erklärung an die im Netz erreichbaren Verteiler beschrieben Eifler und Huth die aktuelle Zuspitzung der Vorgänge. Sie fügten eine kurze Solidaritätserklärung (s. Kasten) an mit der Bitte, diese in Gewerkschaften, Betriebe, Organisationen und Gremien einzubringen: »Zeigen wir der AfD, dass wir gemeinsam zusammenstehen und Angriffe auf Einzelne Angriffe auf uns alle sind.« Der Vorsitzende des DGB Hanau, Klaus Ditzel, stellte sich demonstrativ

hinter Eifler und Huth (zur Erklärung: Der DGB Hanau ist einer von vier Kreisverbänden, die zusammen die Region Südosthessen mit Sitz in Hanau bilden; die anderen sind Offenbach, Wetterau und Fulda). Den DGB und seine Gewerkschaften mit politischen Straftätern und Linksextremisten in Verbindung zu bringen, sei völlig an den Haaren herbeigezogen und absolut inakzeptabel. Die Angriffe auf Eifler und Huth seien Angriffe auf die gesamte Hanauer Gewerkschaftsbewegung und würden deshalb auch gemeinsam zurückgewiesen. Ditzel wies zudem darauf hin, dass Eifler und Huth nicht unabgesprochen die sogenannten »Gesprächsangebote« der AfD ausgeschlagen hatten. »Im DGB ist bundesweite Beschlusslage, dass es keinerlei Dialogangebot an die AfD gibt«, sagte Ditzel in einer Presserklärung. »Wenn Alexander Gauland sagt, er wolle die Integrationsministerin in Anatolien entsorgen, wenn Holger Arppe Gewerkschafter und Linke an die Wand stellen will und wenn Björn Höcke sagt, die AfD sei das letzte friedliche Angebot an diese Republik, dann zeigt sich, die AfD will die Parlamente nicht einfach nur ein bisschen durcheinanderwirbeln, sondern steht für ein völlig anderes politisches System, und sie hat erstaunlich wenig Berührungspunkte mit dem Nationalsozialismus«, so Ditzel.

Verleumdung schlägt in Gewalt um

Die Atmosphäre, in der die Gegenkundgebung am Nachmittag des 20. Juli um 17.00 Uhr begann, war also nicht nur durch die Empörung über die zynische Wahl des Themas (Widerstand gegen Hitler) in der AfD-Veranstaltung bestimmt, sondern in dieser ganzen Vorgeschichte aufgeheizt worden. Die Polizei war mit 20 Leuten vor Ort und hatte für klare Abspermaßnahmen vor der Kulturhalle Steinheim gesorgt. Die Halle ist nicht sehr groß und kann 300 Personen fassen, wobei es aber schon recht eng wird. Die AfD-Veranstaltung sollte um 18.31 Uhr beginnen, der Uhrzeit, zu der am 20. Juli 1944 die Bombe gegen Hitler gezündet wurde. Von Storch kam wohl etwa um 19.00 Uhr. Ihre Rede, soweit sie in der Presseberichterstattung (vorneweg wieder der Hanauer Anzeiger) bekannt wurde, enthielt die üblichen rechtspopulistischen Phrasen gegen Linke, Gewerkschaften, Merkels Flüchtlingspolitik, das vermeintliche Aufgeben nationaler Souveränität etc. Anlassbezogen war die Berufung auf den bürgerlichen Widerstand gegen Hitler, zu dem auch Rechtsanwalt Wissenbach mit Auslas-

sungen über den »Widerstandsparagrafen« im Grundgesetz und ein der AfD verbundener Historiker mit Deutschtümelei über »*dieses heilige, christliche Deutschland*« beitrugen.

Vor der Halle war eine bunte Szene zusammengelassen: Neben den Gewerkschaften waren die SPD, DIE LINKE, die Grünen, DIE PARTEI, der Automobilclub Deutschland, Attac, der Runde Tisch für menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen, die Jusos, die Grüne Jugend, die VVN-BdA, das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, das Bündnis Aufstehen gegen Rassismus und viele, viele andere mehr vertreten, zusammen je nach Schätzung 200 bis 400 Personen (der Verfasser hält sich hier in der Mitte). Bei brüllender Hitze lag der Ort der Gegenkundgebung wohlthuend im Schatten einer Häuserzeile gegenüber der Kulturhalle. Es gab eine lange Reihe von Reden mit eindeutiger Ausrichtung gegen die AfD, besonders ihre rassistischen und gewerkschaftsfeindlichen Positionen.

Der eingangs beschriebene Angriff der beiden AfD-Schläger erfolgte fast am Ende dieser Redezeit. Er lief in gespenstischer Ruhe ab, die eine gewisse »Professionalität« der Schläger widerspiegelte. Auch die Einsätze von Polizei und Rettungswagen wurden schon wenige Meter vom Ort des Geschehens kaum bemerkt. Hier zeigt sich ein Defizit der Organisation, das aufgearbeitet werden muss und wohl wird. Nicht lange danach, gegen 19.00 Uhr, löste sich die Kundgebung allmählich auf.

Die Aufarbeitung der Vorgänge

Die AfD erzählte natürlich die umgekehrte Geschichte: Ein Sympathisant sei von Demonstranten geschlagen worden. Zwar habe man in der Halle von Vorgängen draußen nichts mitbekommen, so der Sprecher der AfD Hanau/Großkrotzenburg, aber man sehe keinen Grund, dem Mann nicht zu glauben. Die Polizei ermittelt. Der DGB hat zumindest bis dato einen Zeugen, der den Hergang so bestätigt, wie von uns hier beschrieben. Die Geschäftsführer/Vorsitzenden

von IG Metall Hanau/Fulda, ver.di Main-Kinzig/Osthessen, GEW Hanau und IG BCE Mittelhessen (die Organisationsstrukturen der Gewerkschaften sind sehr unterschiedlich) zeigten sich entsetzt und sprachen von einer neuen Qualität der Angriffe auf die Gewerkschaften. Juristisch mag die Auseinandersetzung einen Erfolg bringen oder im Sande verlaufen (weil »Aussage gegen Aussage« steht), politisch müssen die Konsequenzen unbedingt tiefer gehen. Das zeigten auch Redebeiträge der Gegenkundgebung in der Bezugnahme der Angriffe auf die Gewerkschaften durch den Nazi-Faschismus in der Weimarer Republik. Dieser hatte seine verschiedenen Taktiken des »Zuckerbrotes« (scheinbares Aufgreifen sozialpolitischer Forderungen – verbunden mit rassistischen und antisemitischen Vorbehalten) und der »Peitsche« (gewaltsames Vorgehen, Terror gegen GewerkschafterInnen und Linke). Die AfD orientiert sich daran in ihrer eigenen Vorgehensweise und hat offenbar »*erstaunlich wenig Berührungsgängste mit dem Nationalsozialismus*«.

Es wird darauf ankommen, dass die Solidarität, die in der Gegenkundgebung gezeigt wurde, hält und verbreitet wird. Zwei wichtige Grundsätze sind aufgestellt und umgesetzt worden: 1. Angriffe der Rechtspopulisten auf einzelne GewerkschafterInnen sind Angriffe auf alle; 2. die Beschlusslage des DGB – also der Gesamtorganisation – lautet: kein Dialogangebot an die AfD richten, keins von ihr akzeptieren. Der Selbstschutz muss besser organisiert werden und breitere Aufmerksamkeit finden; wir müssen besser aufeinander aufpassen und den Gegner richtig einschätzen. Eine Basisebene wie der Hanauer DGB, die sich entschlossen wehrt, ist ferner darauf angewiesen, dass die Geschlossenheit in den eigenen Reihen hält und auch auf den höheren Ebenen durchgehalten wird. Die eigenen Aktivitäten, der »von unten« erzeugte Druck sind wichtige Voraussetzungen dafür.

F.H. 26.7.2018 ■

LESERBRIEF:

An die Redaktion Arbeiterpolitik

Im Artikel »Wahldebakel« (Arpo 5/17) wird behauptet, die reformpolitischen Erfolge der SPD (brachte die CDU/CSU keine auf den Weg?) in der BRD-West waren nur möglich, weil die DDR »als unsichtbarer Verhandlungspartner« bei Sozialgesetzgebung oder Tarifverhandlungen »mit am Tisch« saß, um »die Überlegenheit des westlichen Gesellschaftsmodells zu demonstrieren«. So seltsam ausgedrückt, stimmt das sogar, denn bis 1961 vor dem Mauerbau in Berlin steigerte sich die Absetzbewegung vor allem jüngerer ausgebildeter Arbeitskräfte aus der DDR in die BRD auf mehr als zwanzigtausend pro Woche!

Kam bis Anfang der fünfziger Jahre das durchschnittliche Lebenshaltungsniveau im Westen nicht über den Vorkriegsstand hinaus, ermöglichten in Folge enorme Wachstumsraten von 8 Prozent bis 1960, über 4 Prozent bis 1970 und eine Abflachung auf unter 3 Prozent bis 1990, dies immer auf jeweils erhöhtem Ausgangsniveau, Tarifierhöhungen und sozialstaatliche Standards, die weit eher die Behauptung zulassen, daß der westdeutsche Kapitalismus als beständiger stiller Gast unter den Plankommissionen

der DDR weilte. Dies schmälert nicht die Aufbauleistung der Werktätigen in der DDR, allein die Reparationsleistungen und Demontagen für die Sowjetunion als Kriegsfolgelast umfassten umgerechnet 72,2 Mrd. DM (West) auf Preisbasis von 1953. »Es war gelungen aufzuholen, ein Ausgleichen oder gar Überholen erwies sich als Illusion und politisch falsche Orientierung«, so der DDR-Ökonom Klaus Blessing in seiner 2014 erschienenen Streitschrift »Die sozialistische Zukunft«.

Kaum das im Westen die Wachstumskurven abflachten und der Sockel der Dauererwerbslosen seit Mitte der siebziger Jahre auf über zwei Millionen anwuchs, schwand die Bereitschaft der Kapitaleigner zu weiteren Zugeständnissen. Die Bruttolohnquote des Volkseinkommens stieg nicht mehr, sondern sank von über 73% Anfang der achtziger Jahre auf unter 68% bis 1990 ab. Nichtsdestotrotz blieb die Anziehungskraft des westlichen Kapitalismus so stark, dass der Drang zur »Konsumfreiheit« dem Sozialismus nicht nur in Deutschland, sondern auch weiter ostwärts ein vorläufiges Ende setzte.

H., Gö., 01.08.2018 ■

Aktivitäten zum Jubiläum in Berlin

»100 Jahre Novemberrevolution« war der Titel eines einwöchigen Seminars, das im Rahmen des Bildungsprogramms von »Arbeit und Leben« Anfang Februar 2018 in Berlin stattfand. Aus der Seminarankündigung: *»Am 9. November strömten auch die Arbeiter Berlins zum Generalstreik auf die Straße und besetzten die Kraftwerke, das Polizeipräsidium, das Telegrafenamtsamt und das Reichstagsgebäude. Philipp Scheidemann rief vom Reichstag die 'deutsche Republik' und Karl Liebknecht vom Stadtschloss die 'freie sozialistische Republik Deutschland' aus. Die Arbeiter- und Soldatenräte Berlins riefen am 10. November auf einer Vollversammlung zur 'raschen und konsequenten Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel' auf. Die Gewerkschaften erklärten sich gegenüber den Arbeitgeberverbänden unausgesprochen bereit, die Produktionsmittel in privater Hand zu belassen. Im Gegenzug verpflichteten sich die Arbeitgeber im sogenannten Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November Koalitionsfreiheit und Tarifverträge zu sichern, den Achtstundentag einzuführen und Betriebswahlen zuzulassen. [...] Der Kaiser ging, aber die Generäle blieben. Es blieben die Gegner der Revolution und der republikanischen Freiheiten, des allgemeinen Wahlrechts, insbesondere des Wahlrechts der Frauen, der Presse- und Meinungsfreiheit, der erkämpften Arbeitsrechte. Diese Gegner gehörten 15 Jahre später zu den Wegbereitern des Faschismus. Wir werden uns mit wichtigen Dokumenten dieser Revolution beschäftigen, aber auch Orte besichtigen, die heute in Berlin noch Zeugnis ablegen von dieser Revolution.«*

Im März gründeten Teilnehmer*innen des Seminars und Vertreter*innen aus verschiedenen Organisationen die Initiative »9. November 2018 – 100 Jahre unvollendete Revolution«. Damit wollen sie nicht nur auf die historische Bedeutung der Novemberrevolution, sondern vor allem auf die auch heute noch aktuellen und nicht realisierten Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte hinweisen. Das Gedenken an den 9. November 1918 soll nicht verkürzt werden auf die Durchsetzung demokratischer Rechte, die im Rahmen der parlamentarischen Weimarer Republik von den Feinden der Revolution zugestanden werden mussten. Beteiligt an der Initiative sind u.a.: Galerie Olga Benario, Berlin; Nachbarschaftsinitiative Dragopolis, Berlin-Kreuzberg; Initiative Gedenkort Januaraufstand, Berlin; Mieterecho, Berlin; Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Wir dokumentieren im folgenden die Erklärung der Initiative. (<http://1918unvollendet.blogspot.eu/>)

Die vergessene und »die verratene Revolution«

In der BRD geriet die Novemberrevolution in Vergessenheit; sie war jedenfalls kein Ereignis, dem man auf Kundgebungen und Veranstaltungen öffentlich gedachte. Im Vordergrund der Erinnerung standen in den letzten Jahrzehnten zwei andere Ereignisse: die »Reichsprogromnacht« vom 9. November 1938 und der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989.

An einer Aufarbeitung der Novemberrevolution, ihrer militärischen Niederschlagung und den Unruhen, die in den ersten Jahren die Weimarer Republik erschütterten, hatten weder die bürgerlichen Parteien (Union und FDP) noch die SPD ein Interesse; die KPD wurde 1956 verboten. Der

Antikommunismus im »Kalten Krieg« ließ keinen Platz für die Erinnerung an die revolutionäre Erhebung, die das Kaiserreich gestürzt und die kapitalistische Ordnung in Frage gestellt hatte. Auch die westdeutschen Gewerkschaften, in denen die Sozialdemokratie eine beherrschende Stellung einnahm, zeigten kein großes Interesse an einer kritischen Aufarbeitung der Novemberrevolution und ihrer eigenen Rolle. Das änderte sich erst Ende der 60er Jahre mit dem Aufkommen der Studentenbewegung. Auf der Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus griff die Außerparlamentarische Opposition (APO) auf die Erfahrungen der Novemberrevolution und den Gedanken der »Räterepublik« zurück. Zahlreiche Dokumente und Publikationen über die Novemberrevolution wurden nachgedruckt.¹ 1969 erschien das auch öffentlich viele beachtete Buch von Sebastian Haffner mit dem Titel »Die verratene Revolution«². Es war eine Abrechnung mit der Führung der SPD und ihrer Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung und der Reaktion zur Niederschlagung des Aufstandes.

Mit dem Ende der APO verschwand auch das in der Öffentlichkeit geweckte Interesse an der Novemberrevolution weitgehend. Die Diskussionen der letzten Jahre verblieben in kleineren Kreisen von interessierten Gewerkschafter*innen und Historiker*innen³. Das scheint sich zum hundertjährigen Jubiläum zu ändern. In Berlin wird es zahlreiche Veranstaltungen geben, angeregt und getragen von unterschiedlichen politischen Kräften. Die Initiative »die unvollendete Revolution« will mit ihrem Aufruf und eigenen Aktivitäten auf die Bedeutung der Novemberrevolution hinweisen, vor allem auch für die gewerkschaftliche Tätigkeit.

So wird vom 22. bis 26. Oktober 2018 das Seminar »100 Jahre Novemberrevolution«⁴ wiederholt. Am Abend des 8. November 2018 ist eine Kundgebung vor dem Brandenburger Tor geplant. Ansonsten werden sich Mitglieder der Initiative »unvollendete Revolution« an den zahlreichen Ausstellungen, Veranstaltungen und Lesungen beteiligen, die bis in das Frühjahr 2019 stattfinden sollen.

Vom 16. bis 21. Dezember 1918 fand im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin der erste Reichsrätekongress statt. Nach einer offiziellen Würdigung am 17.12. mit Reden des DGB-Vorsitzenden und des Präsidenten des Abgeordnetenhauses wird es am 18.12. eine Veranstaltung geben ohne die offiziellen Parteien- und Stiftungsvertreter.

Die IG Metall begeht das Jubiläum in ihrem Gewerkschaftshaus am 9. November. Hauptredner ist der Vorsitzende Jörg Hofmann. Selbst die historische Kommission der SPD Berlin gedenkt der Novemberrevolution mit einer Ausstellung und verschiedenen Veranstaltungen, zu denen auch Historiker eingeladen sind, die sich kritisch zur damaligen Rolle von Ebert, Noske und Scheidemann geäußert haben.

A.B. 26.7.2018 ■

- 1 Die stenografischen Protokolle der Tagungen des Arbeiter- und Soldatenrates vom Dezember 1918 und April 1919; die »Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution«, herausgegeben 1929 von einem Autorenkollektiv
- 2 Erstmals veröffentlicht 1968 unter dem Titel »Der große Verrat« als Serie im »Stern«.
- 3 Dazu beigetragen hat Ralf Hoffrogge mit der 2009 erschienen Biografie »Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution«.
- 4 <http://www.berlin.arbeitundleben.de/56004/veranstaltungen.html>

Die rote Fahne

Chemaliger Berliner Lokal-Anzeiger

Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstr. 35-41. — Fernsprecher: Amt Zentrum 9001 bis 9029. — Telegramme: Scherlverlag.

Wahl der Arbeiterräte.

Sonnabend 10 Uhr abends versammelten sich die bereits gewählten Arbeiter- und Soldatenräte im großen Sitzungssaale des Reichstages und beschloßen einstimmig folgendes:

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen versammeln sich am Sonntag, dem 10. November, vormittags 10 Uhr in den Fabriken und wählen Arbeiterräte. Frauen sind wählbar. (Die Ungeheften sind als Arbeiter zu betrachten).

Sämtliche Soldaten versammeln sich gleichfalls in den Kasernen bezw. Lazaretten und wählen Soldatenräte.

Auf je ein Bataillon resp. eine Formation entfällt je ein Delegierter, auf tausend Arbeiter bezw. Arbeiterinnen entfällt gleichfalls ein Delegierter. Kleinere Betriebe unter 500 Mann vereinigen sich zur Wahl eines Arbeiterratsmitgliedes.

Nachmittags 5 Uhr versammeln sich die gewählten Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch und wählen die provisorische Regierung. (Vergl. Aufruf auf Seite 3.)

DOKUMENTIERT: 9. NOVEMBER 2018

100 Jahre unvollendete Revolution

Nach dem bewaffneten Aufstand der Matrosen 1918 in Kiel sprang der Funke der Revolution auf Hamburg und Bremen über, auf alle wichtigen Städte und industriellen Gebiete Deutschlands. Am 9. November strömten auch die abhängig Beschäftigten Berlins zum Generalstreik auf die Straße und besetzten die Kraftwerke, das Polizeipräsidium, das Telegrafamt und das Reichstagsgebäude.

1. Geburtsstunde der Republik

Sie erkämpften das Ende des Krieges. Sie erkämpften die Menschenrechte: Das Wahlrecht für Frauen, die Pressefreiheit, das Recht, die Meinung frei zu äußern, die Anerkennung der Gewerkschaften, die in der Verfassung garantierte Koalitionsfreiheit. Sie erkämpften den 8-Stunden Tag, das Tarifvertragsrecht und die schrittweise Abschaffung der privaten Arbeitsvermittlung einschließlich des Verbots der Leiharbeit. Sie erkämpften die Republik.

2. Revolution und Gegenrevolution

Der Kampf der Rätebewegung für eine andere, gerechtere Gesellschaft und ihre blutige Niederschlagung wurden bis heute nicht vollständig aufgearbeitet. Nach dem offiziellen Geschichtsbild war es zur Einführung der parlamentarischen Demokratie mehr oder weniger notwendig gewesen, die Revolution mit weitergehenden Forderungen, wie die der Unterdrückung des Militarismus, Sozialisierung großen Kapitals und durchgreifender Demokratisierung auch in den Betrieben, brutal niederzuschlagen.

Wir sehen das anders. Gerade weil die Novemberrevolution eine unvollendete Revolution blieb, war die Republik von Anfang an in Gefahr, von ihren Gegnern zerstört zu werden. Die Freikorps, die die Revolution mit bestialischer Brutalität niederschlugen und allein in Berlin über tausend nur dürftig bewaffnete Revolutionäre mit schwerer Artillerie, Flammen-, Minenwerfern und Fliegerangriffen ermordeten, bildeten bald eine Säule der Nazibewegung.

Die Revolutionäre von 1918 waren nicht ein kleines Häufchen von Krawallmachern, die die Diktatur einer Minderheit über eine Mehrheit anstrebten, es handelte sich vielmehr um eine breite Massenbewegung mit dem Ziel,

die Ausbeutung abzuschaffen und alle Menschen am gesellschaftlichen Reichtum zu beteiligen. Nicht zuletzt war es eine gigantische Massenbewegung, die für alle Zeiten Schluss machen wollte mit Militär und Massensterben.

In jedem Dorf wird der Toten des 1. Weltkrieges gedacht. Wer erinnert aber an diejenigen, die diesen Krieg beendeten? Die Revolutionäre von 1918/19 waren Himmelsstürmer. Tausende sind ermordet worden. An jeden Einzelnen von ihnen sollte erinnert werden. Ihre beste Würdigung ist der Einsatz für die Ziele dieser unvollendeten Revolution: Demokratie auch in den Betrieben und das Ende von Ausbeutung, Militarismus und Krieg.

3. Pogromnacht 9. November 1938

Wir glauben nicht, dass die jährliche Erinnerung an die Reichspogromnacht von 1938 am 9. November die Erinnerung an die Revolution von 1918/19 am selben Tag ausschließt. Im Gegenteil: Wer angemessen an die Judenpogrome erinnern will, muss an die Zerstörung der Republik 1933 erinnern, die schon mit der blutigen Niederschlagung der Revolution 1918/19 begann. Die Machtübergabe an Hitler 1933 war die Vollendung der Gegenrevolution, völker- und massenmörderische Menschheitsverbrechen die Folge und der Antisemitismus von Beginn an Teil des konterrevolutionären Programms. 1933 waren die Gegenkräfte auch des Antisemitismus niedergeworfen, 1938 die Gewerkschaften und Arbeiterparteien längst verboten, alle demokratischen Rechte längst beseitigt.

4. Der Schwur von Buchenwald

Der zweite Weltkrieg endete mit der vollständigen Kapitulation Deutschlands. Die Siegermächte – die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich – hatten Deutschland vom Faschismus befreit. Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald schworen: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« Das waren die Forderungen der Revolution von 1918/19. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollten nie mehr von Großkapital und Militarismus bestimmt werden.

5. Sozialisierung

Über zwei Drittel stimmten 1946 in Hessen für die Überführung von Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung und Energiewirtschaft in Gemeineigentum und in Sachsen für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher. In Sachsen und in der übrigen von der Sowjetunion besetzten Zone, der späteren DDR, wurden die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet.

Die Bundesrepublik behielt die Kapitalherrschaft bei. Seit 1990 feiert sie ihre Ausdehnung auf das Gebiet der DDR jährlich am 3. Oktober. Frankreich feiert in jedem Jahr am 14. Juli, dem Tag des Sturms auf die Bastille, die Geburtsstunde der Republik. Deutschland feiert den Tag der Einheit.

Die Forderung der Novemberrevolution nach Sozialisierung des großen Kapitals ist so aktuell wie vor 100 Jahren. Wenn es darum geht, die Atomkraftwerke abzuschalten, wenn es darum geht, die Erderwärmung aufzuhalten und wenn wir abrüsten wollen, haben wir als Gegner die Energie-, Auto- und Rüstungskonzerne. Muss das immer so weiter gehen, dass uns die großen Konzerne im Wege stehen? Diese Konzerne hat noch nie der Erhalt von Arbeitsplätzen interessiert. Ihre Beschäftigten nutzen sie als Geisel. Wäre es nicht an der Zeit für eine Wirtschaftsordnung zu kämpfen, in der nicht mehr Privatinteressen entscheiden und die Garantie eines zumutbaren Ersatzarbeitsplatzes für denjenigen gegeben wird, der seinen Arbeitsplatz verliert?

6. Mitbestimmung

180.000 Betriebsräte können in den Betrieben nur deswegen gewählt werden, weil die erste gesetzliche Grundlage dafür in der Novemberrevolution erkämpft wurde. 100.000 Menschen demonstrierten 1920 während der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes vor dem Reichstag für sehr viel weiter gehende Rechte der Betriebsräte, vor allem auch für Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Sicherheitspolizei – speziell für die Aufstandsbekämpfung gebildet und von Industrieunternehmen und Banken mitfinanziert – schoss in die versammelte Menschenmenge. 42 Menschen starben.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden in zahlreichen Bundesländern Gesetze beschlossen, die für Betriebsräte weitreichende Mitbestimmungsrechte anordneten, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Diese Gesetze erfüllten das, was 1920 vergeblich gefordert worden war. Doch 1952 fegte der Bundestag mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes alle weitergehenden Mitbestimmungsrechte der Bundesländer wieder hinweg. Den Streik gegen diesen Gesetzesentwurf erklärte das Bundesarbeitsgericht für rechtswidrig, sodass wir bis heute auch für das Recht auf politischen Streik kämpfen müssen.

Die Industriegewerkschaft Metall fordert auch in der Neufassung ihrer Satzung von 2016 »Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten« und die »Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.« Es sind diese beiden Forderungen zusammen, die über die Zwänge marktwirtschaftlicher Konkurrenz hinausweisen. In den praktischen Auseinandersetzungen spielen sie kaum eine Rolle.

7. Gleichstellung der Frauen

Mit der Revolution erreichten die Frauen das Wahlrecht. Aber in die Arbeiter- und Soldatenräten wurden Frauen nur ausnahmsweise gewählt. Und in den Parlamenten blieb der Frauenanteil in der Weimarer Republik unter zehn Prozent. Mit der Demobilisierungsverordnung von Ende 1918 wurden Frauen aus den Betrieben verdrängt. Daran waren auch

die Betriebsräte beteiligt. Die nicht umgesetzten Frauenforderungen wie Recht auf Arbeit, Vergesellschaftung privater Haus- und Sorgearbeit behindern bis heute die in der Verfassung garantierte Gleichstellung.

8. Das Vergangene kehrt zurück

Die erwerbstätigen Menschen arbeiten in Deutschland ganz überwiegend als abhängig Beschäftigte. Sie haben nur ihre Arbeitskraft, von deren Verkauf sie leben. Viele leben in großer Unsicherheit. Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen, die bisher nur als menschliche Tätigkeiten denkbar waren, bedroht die Existenzgrundlage. Viele haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wer Arbeit hat, arbeitet immer häufiger nicht mehr in einem so genannten Normalarbeitsverhältnis: Immer weniger Unternehmen sind tarifgebunden, immer mehr Beschäftigte haben befristete Arbeitsverträge, eine Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit. Viele fürchten Armut im Alter, weil das Einkommen nicht für den Aufbau einer existenzsichernden Rente reicht. Viele fürchten, ihre letzten Lebensjahre in einem Pflegeheim verbringen zu müssen.

Abhängig Beschäftigte arbeiten fremdbestimmt. Sie entscheiden nicht darüber, was gearbeitet wird. Sie entscheiden nicht, wieviel und wo investiert wird. Sie entscheiden nicht über die Verteilung der Gewinne, die sie erarbeitet haben. Die Demokratie hört vor den Betriebstoren auf. Ob ihre Tätigkeiten digitalisiert werden, entscheiden nicht die abhängig Beschäftigten. Ob Arbeitsbereiche ausgegliedert werden, entscheiden nicht die abhängig Beschäftigten. Über ihre Köpfe hinweg werden für die ausgegliederten Tätigkeiten auf einen Schlag Lohn, Arbeitszeit und alle anderen Arbeitsbedingungen zerstört, die zuvor über Jahrzehnte erkämpft wurden. Die abhängig Beschäftigten haben nichts zu sagen, wenn ein Betriebsteil oder der ganze Betrieb, in dem sie arbeiten, stillgelegt oder eingeschränkt wird. Die abhängig Beschäftigten haben nichts zu sagen, wenn über Massenentlassungen entschieden wird. Das Unternehmen entscheidet allein. Je mehr es um unsere Existenzgrundlagen geht, desto weniger haben wir zu sagen. Das Grundgesetz legt zwar fest, dass die Bundesrepublik Deutschland ein »demokratischer und sozialer« Rechtsstaat ist. Ist aber ein Land demokratisch, wenn die Demokratie vor den Betriebstoren aufhört? Ist ein Land sozial, wenn soziale Unsicherheit und Existenzangst zunehmen oder wenn abhängig Beschäftigte verächtlich gemacht werden, weil sie erkämpfte Besitzstände verteidigen? Der Kapitalismus ist die Ursache für die zunehmende soziale Unsicherheit und Existenzangst. Sie sind der Nährboden, auf dem rechte und rechtsextreme Bewegungen gedeihen. Der Einzug der AfD als stärkste Opposition in den Bundestag zeigt: Das Vergangene kehrt zurück.

Die in der Novemberrevolution erkämpften Rechte müssen verteidigt werden. Weil die gegensätzlichen Interessen von Kapital und abhängig Beschäftigten heute ebenso wie vor 100 Jahren den Alltag prägen, geht es um eine konsequente Wahrnehmung der eigenen Interessen durch die abhängig Beschäftigten selbst als Gewerkschaftsmitglieder, als Betriebsratsmitglieder und parteipolitisch.

9. Abrüsten

Nach dem zweiten Weltkrieg konnten Remilitarisierung, Aufrüstung und die Stationierung von Atomwaffen nicht verhindert werden. Nach der deutschen Einheit werden deutsche Soldaten in Auslandseinsätze geschickt. Seitdem »wird Deutschland am Hindukusch verteidigt«. Jetzt sollen die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung angehoben werden. Wir unterstützen den Aufruf: »Abrüsten statt Aufrüsten«. Der Kampf gegen Militarismus und Krieg ist heute so aktuell wie vor 100 Jahren.

Bilder ohne Worte.



Rosa Luxemburg im Weibergefängnis Berlin Barnimstraße



Clara Zetkin im Untersuchungsgefängnis in Karlsruhe



Scheldemann

David

Ebert

Schöpfung

Vier sozialdemokratische Abgeordnete als Gäste im kaiserlichen Hauptquartier im besetzten Belgien.



KORRESPONDENZ:

■ NACH ÜBER DREI MONATEN STREIK BEI DER FRANZÖSISCHEN BAHN:

Die Cheminots zwischen Resignation und Standhaftigkeit

In einem der härtesten Streiks in der Geschichte der französischen Bahn SNCF seit 20 Jahren haben die Bahnerinnen und Bahner, les cheminots, bisher ihre wichtigsten Forderungen nicht durchsetzen können. Der für seine sehr zuverlässigen Recherchen allgemein anerkannte *Le Monde* kommt zu dem Ergebnis, dass während der Streiktage vom 22. März bis zum 28. Juni die Mobilisierung bei der SNCF eine der stärksten seit 20 Jahren war, was Streikdauer und die Zahl der Streikenden anging.¹

Laut *Le Monde* war die Mobilisierung bei der SNCF 2018 stärker als vor zwei Jahren gegen das neue Arbeitsgesetz »El Khomri« und annähernd so stark wie die gegen die Rentenreform 2010. Lediglich beim Streik von 1995, bei dem die Cheminots die Lokomotive einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung waren, und natürlich 1968, gab es eine stärkere Mobilisierung. Der von den Streikenden beabsichtigte ökonomische Schaden erreichte, laut Angaben der SNCF, geschätzte 790 Millionen Euro.² Trotzdem bewegte sich die Regierung unter Premierminister Édouard Philippe in den wesentlichen Punkten so gut wie überhaupt nicht. Lediglich die Übernahme von 33 Mrd. Schulden der SNCF (von ca. 55 Mrd.) durch den Staat war eine Geste, um die harte Streikfront aufzubrechen. Die Verabschiedung des neuen Bahngesetzes »Loi pour un nouveau pacte ferroviaire« am 21. Juli durch die Nationalversammlung bedeutet, dass ein wichtiges Ziel der Streikbewegung nicht erreicht werden konnte. Nach dieser politischen Niederlage gegenüber der Regierung geht es um die Verteidigung wichtiger Errungenschaften in einem auszuhandelnden Tarifvertrag mit der SNCF. Dafür setzen CGT-cheminots und SUD-Rail ihre Streiks auch während der Sommerferien fort. Wie sich CFDT-cheminots und UNSA-ferroviaire nach der Sommerpause positionieren werden, bleibt abzuwarten. Alle beteiligten Gewerkschaften stehen unter dem Druck kommender Berufswahlen im November 2018.

¹ *Le Monde* vom 01.06.2018, aktualisiert mit den Zahlen bis einschließlich 28. Juni 2018, dem letzten Tag des »Perlenstreiks« des übergewerkschaftlichen Bündnisses aus CGT, SUD-Rail, CFDT und UNSA. *Le Monde* kommt auf 3,25 »verlorene« Arbeitstage pro Beschäftigtem 2018 gegenüber 2,50 in 2016 und 3,80 in 2010. 1995 lag der Wert bei 5,80 und 1968 waren es drei Wochen pro Beschäftigtem. https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2018/06/01/sncf-sur-la-duree-la-greve-des-cheminots-est-1-une-des-plus-suivies-depuis-vingt-ans_5307987_4355770.html

² *Le Monde*, 27.07.2018

Der Regierung und Präsident Macron scheinen 790 Mrd. Euro kein zu hoher Preis zu sein, um eine der kampfstärksten und politischsten Belegschaften der Republik und ihre Gewerkschaften zu demütigen. Eine Belegschaft und ihre Gewerkschaften, die mit ihrem Streik vom 10. August 1944 gegen die faschistischen Besatzer unvergessene Verdienste erworben haben. Ist diese Bastion der französischen und europäischen Arbeiterbewegung erst geschleift, dann, vermeinen Macron und seine schwer reichen Freunde, den letzten Widerstand gegen den Umbau der französischen Republik in einen neoliberalen Dschungel beseitigt zu haben. In Macrons Frankreich sollen sich die lohnabhängig Beschäftigten als Kleinstunternehmer verstehen, jeder seines eigenen Glückes Schmied, jeder nur für sich kämpfend.

Diese Vision teilen natürlich nicht nur Macron und seine Entourage, sie ist, nach ihrem Start in Chile 1973, zum Leitbild aller entwickelten kapitalistischen Länder geworden. Ihre Auswirkungen sind der Treibstoff für die extreme Rechte, sollte die internationale Arbeiterbewegungen dagegen kein Mittel finden.

Die Reform

Am 26. Februar wurde von Premierminister Édouard Philippe und Transportministerin Elisabeth Borne die »Reform« der SNCF angekündigt. Die drei wesentlichen Punkte des neuen Bahngesetzes sind:

1. die Öffnung des Personenverkehrs für die Konkurrenz,
2. das Ende des seit 1920 geltenden statut de cheminots für die neu Eingestellten und
3. die Umwandlung der SNCF in eine Aktiengesellschaft mit öffentlichem Kapital.

Die Liberalisierung des Schienenverkehrs wurde von der Europäischen Kommission seit 1991 propagiert, direkt nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. 1997 wurde die SNCF in die Bereiche Netz und Transport aufgeteilt. Der internationale Frachtverkehr auf dem französischen Schienennetz wurde ab 2003 für die Konkurrenz geöffnet, der französische Frachtverkehr ab 2006. Seit 2009 ist der internationale Transport offiziell für Reisende freigegeben, was seit 2011 von der italienischen Gesellschaft Trenitalia und der französischen Veolia auf den Strecken Paris-Venedig und Marseille-Mailand genutzt wird. Das Monopol der SNCF auf die TGV-Strecken wird ab Dezember 2020 been-

det werden, bis zur vollständigen Liberalisierung ab 2021. Ab Dezember 2019 können Nahverkehrszüge (TER) und Intercités ausgeschrieben werden.³

Mit der Neugründung der SNCF ab dem 1. Januar 2020 werden Neueinstellungen ohne den seit 1920 garantierten Status der Eisenbahner vorgenommen werden. Dazu gehören bis zu diesem Zeitpunkt der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen und ein vorteilhaftes Rentensystem. Lokführer können nach der heutigen Regelung frühestens mit 52 Jahren, Personen mit einer sitzenden Tätigkeit frühestens mit 57 Jahren in Rente gehen. Eingestellt werden dagegen nur unter Dreißigjährige, nach anspruchsvollen Eignungstests und einer zweieinhalbjährigen Probezeit. Für die oft harten Arbeitsbedingungen, mit Wochenend- und Nachtschichten und der Mobilität in ganz Frankreich, liegt das Bruttogehalt mit 3.090,- Euro nur leicht über dem französischen Durchschnitt von 2.912,- Euro.⁴

Im Prinzip behalten die momentan bei der SNCF Beschäftigten ihren Status, auch wenn sie zu einer privaten Gesellschaft wechseln müssen. Unklar ist, was mit ihnen passiert, wenn die private Gesellschaft in Konkurs geht. Haben sie dann ein Rückkehrrecht zur SNCF? Darum wird noch gerungen.

Bezüglich der Umwandlung der SNCF in eine Aktiengesellschaft wird die Regierung nicht müde, zu betonen, eine Privatisierung sei auch künftig ausgeschlossen. Die Gewerkschaften sind in diesem Punkt zu Recht misstrauisch.

Der Streik

Mitte März kündigten drei der vier Gewerkschaften, die bei der Bahn »repräsentativ« sind,⁵ einen Perlenstreik von zwei Streiktagen an, die von drei Arbeitstagen gefolgt werden sollten. Der Streikkalender begann am 3. April, der zunächst letzte Tag dieses Perlenstreiks war für den 28. Juni vorgesehen. CGT, UNSA und CFDT versprachen sich von dieser Taktik einen möglichst großen ökonomischen Effekt des Streiks, bei gleichzeitiger Schonung des Einkommens der Streikenden und ihrer Familien. Für die Führung der CGT-cheminots spielte sicherlich auch eine Rolle, dass man das Bündnis mit den eher kompromissbereiten UNSA und CFDT nicht gefährden wollte. Man erhoffte sich durch den langen Zeitraum auch die Möglichkeit der »convergence des luttes« zu verbessern, des Zusammengehens mit den anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die in Frankreich stattfinden.

Dagegen rief SUD-Rail ab dem 3. April zu einem »grève reconductible« also einem »fortsetzbaren Streik« auf. An jedem Morgen nach einem Streiktag muss die Versamm-

lung der Streikenden entscheiden, ob der Streik fortgesetzt werden soll oder nicht. Bei einem von den Gewerkschaftsführungen festgelegten Streikkalender würden die Streikversammlungen ihre eigentliche Aufgabe verlieren und zu reinen Abnickveranstaltungen degradiert, so die berechnete Kritik aus den Reihen von SUD-Rail. Damit würde eine Dynamik, die von den Streikversammlungen ausgehen könnte, von vorne herein verhindert und die Selbstbestimmung der Gewerkschaftsbasis geschwächt.

Es kann im Nachhinein natürlich nicht beantwortet werden, ob ein »grève reconductible« die nötige Dynamik gehabt hätte, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Dazu hätte es einer Unterstützung des Streiks durch entscheidende Teile der französischen Gesellschaft bedurft, ähnlich der Bewegung von 1995. Aber selbst im Vergleich mit der Bewegung gegen das Gesetz »El Khomri«, vor zwei Jahren, war die öffentliche Meinung diesmal sehr gespalten. Unterstützten in Umfragen 2016 noch konstant zwei Drittel der Bevölkerung die Bewegung, kam der Streik der cheminots in den Umfragen diesen Jahres nie wirklich über 50% hinaus. In den Medien wurde überwiegend eine Kampagne gegen die »privilegierten Bahner« gefahren, der schlechte Zustand des Schienenverkehrs wurde den Gewerkschaften angelastet und nicht einer Verkehrspolitik, die sich als devote Dienerin der Automobilindustrie prostituiert, fast so schlimm wie in Deutschland.

Angesichts dieses öffentlichen Drucks, der Dauer des Streiks, des Fehlens von Streikgeld und der damit verbundenen finanziellen Belastung der streikenden Familien war die Beteiligung, besonders der Zugführer, der Zugbegleiter und der aiguilleurs, der Stellwerksleiter, außerordentlich groß. Aber auch für die gesamte Belegschaft der SNCF von 146.000 Beschäftigten bedeutete eine Streikbeteiligung von 10% nach drei Monaten Streik, dass noch 15.000 Kolleginnen und Kollegen im Ausstand waren.

Am 23. April zogen CGT, UNSA und CFDT vor Gericht, weil sich die SNCF weigerte, die zwischen den Arbeitsschichten liegenden Pausentage zu bezahlen, wenn diese zufällig auf einen Streiktag fielen. Der oberste Gerichtshof in Bobigny bei Paris gab den Gewerkschaften am 21. Juni Recht und verurteilte die Direktion der SNCF wegen ihrer Behinderung bei der Ausübung von Gewerkschafts- und Streikrechten. Angesichts der materiellen Opfer, die die Familien der Streikenden bringen mussten, war das ein wichtiger moralischer Erfolg.

Gegenüber einer Regierung und einer Direktion, die den Beschäftigten ihre Unnachgiebigkeit, Verschlossenheit, ihren Dogmatismus und ihre Verachtung zeigten,⁶ ist die Zähigkeit der Streikenden beachtenswert. *Le Monde* berichtet von zwei Zugbegleitern, die jeweils 1.000 Euro während ihrer eineinhalbmonatigen Beteiligung am Streik verloren haben. Eine Kollegin, die 1.600 Euro im Monat verdient, musste ihren Haushalt mit 400 Euro weniger schmeißen. Ein anderer Kollege verlor im ersten Monat 700 Euro, die Hälfte seines Einkommens.

Neben der juristischen Niederlage der SNCF, was die Bezahlung der Pausentage angeht, war eine betriebsinterne Umfrage zum neuen Bahngesetz ein wichtiger moralischer Sieg der Gewerkschaften. Bei einer Beteiligung von 61,15% sprachen sich 94,97% gegen das Gesetz aus. »Viele cheminots konnten aus finanziellen Gründen nicht am Streik teilnehmen oder weil Karriereplanungen in Frage gestellt worden wären, aber die große Mehrheit unterstützt die Be-

3 »Die Vergabe erfolgt hauptsächlich durch die Regionen, die bis Dezember 2023 den Betrieb für maximal 10 Jahre an die SNCF vergeben können. Danach ist die öffentliche Ausschreibung aller Strecken Pflicht. Neue Betreiber müssen ihre Hauptaktivität im Eisenbahngeschäft haben und allgemeingültige Branchenverträge unterzeichnet haben. Für die Region Ile-de-France gibt es bei den S-Bahnzügen (RER) eine Sonderregelung. Die Ausschreibung für den Vorortzug Transilien ist verpflichtend ab den Zeiträumen 2023/2033, für die Linien C,D und E ab 2033/2039 und für die Linien A und B ab 2039. Bei einer Streckenübernahme muss der neue Betreiber sich verpflichten, die Entlohnung, die Unkündbarkeit sowie das Sonderrentensystem von übernommenen SNCF-Mitarbeitern beizubehalten.« <https://de.ambafrance.org/Bahnreform-Frankreich-offnet-Personenverkehr-fur-die-Konkurrenz>

4 http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2018/03/21/comprendre-la-reforme-de-la-sncf-en-neuf-points_5274316_4355770.html

5 Seit 2008 muss eine Gewerkschaft bei den Berufswahlen mindestens 10% der Stimmen in einem Betrieb, 8% in einer Branche und 8% auf nationaler Ebene bekommen, um auf der jeweiligen Stufe »repräsentativ« zu sein, was in etwa mit »tariffähig« übersetzt werden kann. Bei der SNCF sind das an erster Stelle die CGT, gefolgt von UNSA, SUD, und CFDT. FO-cheminots bekam nicht genügend Stimmen, mobilisiert aber ebenfalls für die Streiks.

6 *Le Monde*, 07.07.2018. Als zusätzliche Provokation kündigte die Direktion der SNCF Ende Juni die Vernichtung von 900 Stellen ab 2021 im Frachtbereich an (*Le Monde*, 29.06.2018).



wegung«, sagte Marc Ribeiro, ein Kollege, der seit neun Jahren im Betrieb ist, und fügte hinzu: »*Etliche Mitglieder der Direktion haben uns gebeten, den Kampf fortzusetzen.*«⁷ Gefragt nach den starken Momenten der Mobilisierung, erzählen die Streikenden von vielen lokalen Aktionen wie der Operation »péage graduit« im südwestfranzösischen Pau, der LKW-Blockade beim SNCF-Spediteur Geolis und den vielen Menschen von außerhalb der Bahn, die an ihrer Seite demonstriert haben. Als handfestes Streikergebnis kann die Übernahme von 33 Mrd. Schulden der SNCF (von 55 Mrd.) durch den Staat gewertet werden. Ob die Garantien bei einer Übernahme in eine private Gesellschaft die Druckertinte ihres Vertrages wert sind, wird die Zukunft zeigen.

Die Schwäche der französischen und der europäischen Arbeiterbewegung

Die Rücknahme der Verordnungen zum neuen Bahngesetz war eine Aufgabe, die die cheminots alleine niemals hätten bewerkstelligen können. Zwar war die Bahn-»Reform« die einzige einer langen Reihe von Maßnahmen, die Macron im Wahlkampf 2017 **nicht** angekündigt hatte. Aber die Härte der Regierung und der gesamten Exekutive, was die Zerstörung von Errungenschaften der Arbeiterbewegung angeht, ist Ausdruck einer Zwangslage des französischen Kapitals. Diese Zwangslage resultiert natürlich aus der globalen Konkurrenz, besonders dem europäischen Wettlauf um die niedrigsten Steuern und die billigsten Löhne. Dass das deutsche Kapital und die ihm gefälligen Regierungen hierbei eine führende Rolle spielen, ist nicht erst seit der grausamen Unterwerfung der Lohnabhängigen in Griechenland offensichtlich. Yanis Varoufakis, der ehemalige Finanzminister der ersten Syriza-Regierung, ist der Meinung, bei der Demütigung Athens sei immer auch Paris gemeint gewesen.⁷

Um Macron, seine Regierung und das hinter ihnen stehende französische Kapital zum Rückzug zu zwingen, wäre eine Massenbewegung wie 1995 erforderlich gewesen.⁸ Trotz vieler paralleler und teilweise mit dem Bahnstreik vernetzter Auseinandersetzungen kam es noch nicht zu der erforderlichen Vereinigung der Kämpfe. In den Monaten April bis Juni fanden Streiks und Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst, bei Air France, bei der Supermarktkette Carrefour und bei der Post statt. Institute von Universitäten wurden wegen verschärfter Zugangsbestimmungen besetzt und teilweise brutal von der Polizei wieder geräumt.

Nach der Erschießung eines Jugendlichen durch die Polizei kam es Anfang Juli im westfranzösischen Nantes zu tagelangen Krawallen durch Jugendliche.⁹ Dies alles zeigt die zunehmenden Spannungen und Widersprüche in Frankreich. Bedauerlicherweise konnten diese bisher nicht für einen Erfolg der sozialen Bewegung genutzt werden.

Ausblick

Nach einem Aufruf des Soziologen Jean-Marc Salmon wurden in Frankreich über eine Million Euro für die streikenden Bahnerinnen und Bahner gesammelt. In Deutschland riefen die EVG, ver.di-Hessen, der Landesbezirk Südwest der Gewerkschaft NGG, die GEW Hessen und andere gewerkschaftliche Gliederungen, aber auch Attac, zu finanzieller Solidarität auf. Diese Aktionen haben natürlich keine direkte Auswirkung auf das Ergebnis der Auseinandersetzung. Sie sind trotzdem wichtig, weil vor uns eine anspruchsvolle Aufgabe steht. Um die aktuelle Schwäche der internationalen Arbeiterbewegung zu überwinden, sind konkrete Beispiele von Solidarität notwendig. Die Lohnabhängigen in Deutschland können viel von der französischen Arbeiterbewegung, ihrer Geschichte und ihren Kämpfen, lernen, gerade für die Auseinandersetzungen, die in Deutschland unausweichlich auf uns zukommen werden. Die Gewerkschaften CGT-cheminots und SUD-rail, die auch über die Ferien ihre Streiks fortgesetzt haben, aber auch die in UNSA und CFDT organisierten Bahnerinnen und Bahner, werden von der Direktion der SNCF und von der französischen Exekutive immer weiter in die Ecke gedrängt. Ein camarade der CGT-cheminots in Montreuil brachte es auf den Punkt: »*Wir müssen weitermachen, wir haben keine Wahl!*« Und ein befreundeter Genosse der FO sagte uns: »*Es geht um die Existenz der Gewerkschaften überhaupt!*« Es war schon immer eine gute Haltung der Arbeiterbewegung, sich gerade in schlechten Zeiten gegenseitig zu unterstützen.

B.K. 29. Juli 2018 ■

7 Yanis Varoufakis: Die ganze Geschichte, München, 2017

8 Noch besser ein Rückzug der Schäuble/ Merkel/ Macron etc. durch eine europaweite Bewegung!

9 Die Süddeutsche Zeitung schreibt am 7. Juli 2018 dazu: »Bald verbreiteten sich allerdings Zeugenaussagen, die den Tathergang anders beurteilten. Einer äußerte sich in der Zeitung Le Monde und verglich die Polizisten mit "Robocops". Demnach hätte der Überprüfte den Wagen zwar nach hinten gesetzt, vermutlich um zu flüchten. Dabei aber sei er gegen eine Mauer gefahren und damit quasi gefangen gewesen. Kein Beamter sei verletzt worden, dennoch habe der Polizist sofort geschossen. Am Freitag versammelten sich etwa 1000 Bürger zu einem Gedenkmarsch, sie forderten "Gerechtigkeit für Abou« und die "Wahrheit". Auf einer Mauer neben dem Tatort sprühte jemand mit Graffiti: "Polizei tötet."« In dem Artikel wird ein Anstieg des Schusswaffengebrauchs der französischen Polizei um 54% seit 2017 festgestellt, seitdem die damalige sozialistische Regierung die Regeln lockerte.